



Redaktion: SPD Tempelhof-Schöneberg · Feurigstraße 4 · 10827 Berlin · redaktion@tsaktuell.de · www.tsaktuell.de

SCHWERPUNKT-THEMA

Bunt, stolz, politisch: Queer im Bezirk Seiten 3 + 4

IN KOOPERATION MIT DEM

Berliner Stadtblatt

EUROPA IN DER KRISE

Die Menschen brauchen Perspektiven Seite 9



Wunschschule für alle!

Beim Zugang zu Oberschulen setzen CDU und Grüne auf bezirkliche Abschottung

VON DANIEL BEHRENDT

Die Anmeldungen an den Berliner Oberschulen sind gelaufen. Fast 22.000 Kinder haben bereits Bescheid bekommen, an welcher Schule sie die nächsten Jahre verbringen werden. 19.155 Kindern konnte dabei ihr Erstwunsch erfüllt werden, 1.720 wurde der Zweit- oder Drittwunsch erfüllt.

Nach dem im Schuljahr 2010/11 eingeführten Verfahren können sich Schulen 60% ihrer künftigen Schülerinnen und Schüler nach eigenen Kriterien auswählen. 30% werden nach einem Losverfahren vergeben. 10% der Plätze sind für Härtefälle vorgesehen. Das Losverfahren soll für eine bessere soziale Mischung an stark nachgefragten Oberschulen sorgen und die Chance zur Aufnahme an einer Wunschschule erhöhen.

CDU und Grüne realitätsfern

Nach den ersten Erfahrungen steht dieses Verfahren auf dem Prüfstand. Das Ziel: Kindern soll im eigenen Bezirk der Zugang zu Oberschulen mit vielen Anmeldungen erleichtert werden. Mit diesem eigentlich hehren Voratz hatte die CDU-Fraktion im Mai einen Antrag in die Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg eingebracht, der vorsah, dass es nicht mehr nur eine, sondern gleich zwei Losrunden geben soll. In der ersten Runde sollen dabei nur Schülerinnen und Schüler berücksichtigt werden, die im Bezirk wohnen. Sollten danach noch Schulplätze frei sein, würden in einer zweiten Losrunde die Kinder berücksichtigt, die aus anderen Bezirken kommen.



AUSGESCHLOSSEN | Ginge es nach CDU und Grünen, würden viele SchülerInnen bei der Wahl der Wunsch-Oberschule leer ausgehen.

Was aber bedeutet das in der Realität? Ein Beispiel: An der Carl-Zeiss-Oberschule in Berlin-Lichtenrade – eine der gefragtesten Schulen Berlins – waren für das kommende Schuljahr 55 Plätze im Losverfahren zu vergeben, bei ca. 140 Anmeldungen aus dem Bezirk und ca. 60 aus anderen Bezirken. An Oberschulen mit solch hoher Nachfrage – und nur bei denen gibt es das Problem, bezirkseigene Kinder unterzubringen – würde es nach dem von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagenen Verfahren erst gar nicht zu einer zweiten Losrunde kommen. Kinder aus anderen Bezirken, die sich nicht unter dem 60%-Anteil befinden, den eine Schule nach eigenen Kriterien auswählt, gingen leer aus.

Es gibt Alternativen

Die SPD-Fraktion in der BVV hatte frühzeitig den alternativen Vorschlag gemacht, Kindern aus dem Bezirk eine höhere

»Loszahl« im Losverfahren zuzusprechen. So würden sie stärker berücksichtigt, aber es blieben auch Chancen für bezirksfremde und für Geschwisterkinder.

Dadurch auf das Problem der Geschwisterkinder aufmerksam gemacht, legte die CDU noch einen mit heißer Nadel gestrickten Antrag vor, Geschwisterkinder grundsätzlich als »Härtefälle« einzustufen. Stimmt die Grünen auch diesem Antrag im Schulausschuss noch zu, enthielten sie sich in der Bezirksverordnetenversammlung – war ihnen wohl auch klar geworden, dass so Kinder von den wenigen Härtefall-Plätzen verdrängt würden, die etwa aus familiären oder gesundheitlichen Gründen einen echten Härtefall darstellen.

Im Ergebnis ist der von der CDU eingebrachte und mit den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen durchgesetzte Antrag ein trauriges Beispiel bezirklicher Abschottungspolitik gegenüber unseren Bezirksnachbarn.

Gut, dass dieser Beschluss erst einmal Wunschcharakter hat – denn hier ist eine landesweite Regelung betroffen. Um sich der Thematik anzunehmen, bildet die zuständige Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft zurzeit eine Arbeitsgruppe, die das bisherige Verfahren überprüfen wird.

Sollte sich der Vorschlag der CDU durchsetzen, wäre es spannend, wie CDU und Grüne es zum Beispiel einem Kind aus Buckow erklären, warum es nach sechs Jahren auf der Tauschgrundschule in Lichtenrade keine Chance mehr hat, über das Losverfahren an die Carl-Zeiss-Oberschule zu gelangen, während seine Klassenkameraden aus Lichtenrade dies können.

Oberschulen stärken!

Die SPD widmet sich statt wirrer Modifikationen am Losverfahren lieber der Frage, warum einige Oberschulen extrem beliebt und andere wenig nachgefragt sind. Nur 27 der 94 Gymnasien und 43 der 122 Sekundarschulen in Berlin haben ihre Plätze voll belegt bekommen. Gemeinsam mit Eltern und Kindern wird sich die SPD verstärkt darum bemühen, dass sich die weniger nachgefragten Schulen stärker profilieren und dies auch öffentlich darstellen. Denn oft fehlt es dort nicht am Engagement oder an guten Ideen. Aber der Grundsatz »Gutes tun und darüber sprechen!« muss sich endlich durchsetzen.

Der Autor ist schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der BVV Tempelhof-Schöneberg und Vater von zwei Söhnen, die aktuell den Weg von der Grund- zur Oberschule gehen.

Mehr aus Bezirk und Land

In Tempelhof-Schöneberg und in Berlin ist immer was los. Mit der »TS aktuell« halten wir Sie regelmäßig über das politische, gesellschaftliche und kulturelle Geschehen auf dem Laufenden – jetzt mit noch mehr Seiten und Infos.

Berlinweit erscheint ab sofort wieder das »Berliner Stadtblatt«, die Zeitung des SPD-Landesverbandes – in Tempelhof-Schöneberg in Kooperation mit der »TS aktuell«. Deshalb können wir Ihnen weitere vier Seiten bieten – mit Neuigkeiten und Interessantem aus ganz Berlin. Wir freuen uns, Sie so noch umfassender über das zu informieren, was unseren Bezirk und unsere Stadt bewegt.

UNSERE THEMEN

Ehrenwert: Mehr Frauen-namen für Straßen Seite 2

Online: Der Bezirk im Internet Seite 2

Thematisiert: Wohnen in Berlin Seite 5

Geplant: Neue Kitaplätze, Hortlücke schließen Seite 6

Prall: Sommerprogramm in der Stadt Seite 7

Gesund: Service-Tipps für Einkauf und Essen Seite 8

Engagiert: AG »Migration« in der SPD Seite 10

Diskutiert: IGA 2017 in Tempelhof Seite 11

Kulturell: Von Buch-Tipp bis Geschichte Seite 12

Geschäftsstraßen – Lebensadern für den Kiez

Geschäftsstraßen – sie versorgen die Anwohnerinnen und Anwohner mit Lebensmitteln und anderen Dingen des täglichen Bedarfs. Sie dienen aber auch als Treffpunkt, als Hilfe beim Post entgegennehmen und bieten viele andere Aktivitäten. Die Ladenbesitzer sorgen für jahreszeitliche Stimmungen im Straßenbild oder für die Organisation von Kiezfesten. So prägen die Geschäftsstraßen auch ihren Kiez.

Mit der »Bezirklichen Wirtschaftsförderung« unterstützt Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (SPD) Gewerbetreibende, die sich für das Funktionieren »ihrer« Geschäftsstraße einsetzen. Viele Kieze im Bezirk Tempelhof-Schöneberg konnten so bereits durch ein gemein-



GEGENSÄTZE | Funktionierender Einzelhandel in der Friedenauer Hauptstraße – Leerstand in der Hauptstraße nördlich des Innsbrucker Platzes



FOTOS: KEGEL

sames Engagement stabilisiert werden.

Die B1 - von hopp bis top

Quer durch den Ortsteil Schöneberg schlängelt sich die Bundesstraße 1. Im Süden heißt sie Rheinstraße, im mittleren Teil Hauptstraße, im Norden Potsdamer Straße. Läden und Gewerbe prägen alle drei Straßen.

Die Rheinstraße funktioniert als Geschäftsstraße, mit Einschränkungen gilt dies auch für die Potsdamer Straße, aber leider fast gar nicht für den Teil der Hauptstraße zwischen Innsbrucker Platz und Dominicusstraße. Leerstand oder Billiganbieter prägen hier das Straßenbild – von »Flair« oder »Kiezgefühl« keine Spur. Die Autos fahren

einfach durch. Das müssen sie auch, denn die Busspur ersetzt hier die Parkspur. Leider war es in den letzten Jahren nicht möglich, die Busspur zeitlich einzugrenzen oder als Ganzes in die Fahrbahnmitte zu verlegen, um Ladezonen und Parkmöglichkeiten zu schaffen. Auch die Seitenstraßen leiden unter der mangelnden Attraktivität die-

ses Abschnitts der Hauptstraße. In den letzten Jahren wurden von der »Bezirklichen Wirtschaftsförderung« und einzelnen Gewerbetreibenden viele Anstrengungen unternommen. Allerdings waren viele der damaligen Gewerbetreibenden sowie die Hauseigentümer nur schwer zu motivieren, sich zusammenzuschließen. Auch des-

halb gab es kaum positive Entwicklungen.

Neu belebtes Engagement

Jetzt wollen die ansässigen Gewerbetreibenden wieder an der Aufwertung dieses Teils der Hauptstraße arbeiten. Und sie sind nicht alleine. Auf einem Kiezfest Anfang Mai sprachen die Ladenbesitzer mit Angelika Schöttler über Ideen und Möglichkeiten, die Hauptstraße neu zu beleben. Noch sind sie wenige, aber die Bürgermeisterin hat ihnen zugesagt, dass sie sehr an einem gemeinsamen Treffen der Gewerbetreibenden mit ihr und der »Bezirklichen Wirtschaftsförderung« interessiert ist – in der Hoffnung an die alten Aktivitäten anzuknüpfen und neue Impulse für die Hauptstraße setzen zu können.

SIE FRAGEN – LARS OBERG ANTWORRET

Jeden Tag, so der Schöneberger SPD-Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus Lars Oberg, erreichen ihn politische Fragen und Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern.



Jetzt will er bei der öffentlichen Beantwortung dieser Fragen neue Wege gehen. Jede Woche wird er eine der eingegangenen Fragen mit einem kurzen, 15-sekündigen Video-Statement beantworten, das auf seiner Homepage sowie bei Facebook und YouTube zu sehen sein wird. Ihre Frage an Lars Oberg können Sie per Mail, über Facebook oder Twitter stellen.

- mail@lars-oberg.de
- [facebook.com/oberg.lars](https://www.facebook.com/oberg.lars)
- twitter.com/Lars_Oberg

STADTTEIL-TAG

Ein Tag im Kiez – Lars Oberg lädt alle Bürgerinnen und Bürger in Schöneberg am Donnerstag, dem 21. Juni 2012 zu einem Stadtteil-Tag ein.

Nach einem frühen Infostand und einem Besuch des Interkulturellen Hauses in der Geißlerstraße können alle Interessierten an einem Kiezspaziergang zum Thema »Familienfreundlichkeit« teilnehmen. Beginn: 14.00 Uhr an der Hauptstraße / Ecke Vorbergstraße. Daran wird auch Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler teilnehmen. Am Abend gibt es dann ein Hearing zum Thema »Situation der Mieterinnen und Mieter in Schöneberg«. Los geht es um 19.00 Uhr in den Räumen des Stadtteilvereins Schöneberg in der Crellstraße 38.

► www.lars-oberg.de

KINDERFEST AM WARTBURGPLATZ

Auch in diesem Jahr lädt die SPD City/Schöneberg zum Kinderfest am Wartburgplatz ein.

Nach den Sommerferien, am Sonntag, dem 26. August 2012, wird es von 15.00 bis 18.00 Uhr vor der Jugendfreizeiteinrichtung »Weiße Rose« wieder einen bunten und unterhaltsamen Nachmittag geben.

Für Kinder wird es jede Menge Spiele und tolle Zaubertricks geben.



Angelika Schöttler

Die Großen sind herzlich zu Gesprächen mit der Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg, Angelika Schöttler (SPD), und dem Bezirksstadtrat Oliver Schworck (SPD) eingeladen.

Grillwurst und Kartoffelsalat sowie Kaffee und Kuchen gibt es natürlich für alle.

Frauen sind aller Ehren wert!

Bei der Benennung von Straßen spielen Frauen bisher kaum eine Rolle – das soll sich ändern

Die SPD-Fraktion in der BVV setzt sich dafür ein, Frauen in Tempelhof-Schöneberg sichtbar zu machen – durch mehr Straßenbenennungen.

Über Jahrzehnte hinweg wurden Straßen in Berlin und im Bezirk überwiegend nach Männern benannt. „Das ist wenig verwunderlich“, stellt Marijke Höppner, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion in der BVV, fest. „In der Geschichtsschreibung fand das Leben von Frauen kaum Platz. Die Biografien von Frauen sind weniger bekannt, ihre Verdienste finden weniger Aufmerksamkeit, dabei haben sie Vielfältiges geschaffen, das ehrenwert ist.“

Um die zehn nicht benannte Straßen gibt es in Tempelhof-Schöneberg, die so genannten Nummernstraßen. Außerdem gibt es einige Plätze ohne Namen. Auch rund um den neuen Tempelhofer Park auf dem ehemaligen Flugfeld werden einige Straßen entstehen, die benannt werden können.

Ein Namenspool soll her

Damit sich alle Menschen an diesem Prozess beteiligen können, hat die SPD im Bezirksparlament einen Antrag initiiert



AUSNAHME | Dass – wie hier im Schöneberger Norden – Straßen nach Frauen wie der deutsch-jüdischen Lyrikerin Else Lasker-Schüler benannt werden, ist viel zu selten. FOTO: KEGEL

und beschlossen, indem sie die Einrichtung eines Straßennamenspools fordert. Er soll wie eine Sammelstelle funktionieren, in die Bürgerinnen und Bürger ehrenwerte Frauen melden können.

Der Beschluss geht zurück auf das Straßengesetz, in dem es heißt, dass Straßen vorrangig nach Frauen benannt werden

sollen. In Tempelhof-Schöneberg ist dieses Verfahren schon gang und gäbe, denn bereits 2005 forderte die Bezirksverordnetenversammlung, dass Straßen und Plätze solange nach Frauen benannt werden sollen, bis ein gesellschaftliches Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern im Straßenland erkennbar ist.

Dies basiert auf zwei Feststellungen: Die Geschichtsschreibung hat Frauen lange übersehen. Und: Eine gleichberechtigte Gesellschaft braucht Vorbilder beider Geschlechter. Bisher sind Frauen aber eher in der Minderheit und tauchen auf Straßennamensschildern selten auf. 2005 gab es in Tempelhof-Schöneberg 385 Straßen, nur 28

davon waren nach Frauen benannt. Etwa ein Drittel der Namen bezieht sich auf Figuren aus Wagneropern und aus der Mythologie.

Mitmachen erwünscht

Zwar sind in den letzten Jahren einige Frauennamen auf Straßenschildern im Bezirk dazugekommen, zum Beispiel Erika Gräfin von Brockdorff in Schöneberg oder Hildegard Knef am Bahnhof Südkreuz. Doch der Bedarf und das öffentliche Interesse scheinen weiter gegeben: In den letzten Wochen haben Bürgerinnen und Bürger aus Tempelhof-Schöneberg schon fast 20 Namen von Frauen vorgeschlagen, die sie für ehrenwert halten.

Haben Sie auch einen Vorschlag? Dann schicken Sie ihn uns – mit einer kurzen Begründung, warum gerade die von Ihnen vorgeschlagene Frau mit einem Straßennamensschild geehrt werden soll.

Wir reichen Ihre Vorschläge dann weiter. Unsere Postanschrift bzw. Mail-Adresse finden Sie auf der Titelseite und im Impressum auf Seite 4.

GLEICH UM'S ECK · LÄDEN IM KIEZ

Tiere und Tipps

Haustiere bereiten Freude – aber manchmal auch Kummer. „Mein Wellensittich humpelt so komisch seit ein paar Tagen. Was soll ich machen?“ – „Da machen sie erst mal gar nichts. Vielleicht hat er sich eine Sehne gezerrt oder so was.“

Bei Norbert Schielke, seit über 40 Jahren Chef der Zoohandlung am Tempelhofer Damm, gibt es nicht nur Vögel, Fische und Tierfutter. Auch praktische Tipps für die Pflege der gefiederten oder geschuppten Hausgenossen hält er bereit. Manchmal gibt's Mathe-Nachhilfe: Wie berechne ich den Rauminhalt meines Aquariums? Eine Rechnung, die existenziell ist für den kranken Goldfisch, denn danach richtet sich die Dosierung der Medizin. Derweil klagt Frau Schielke über den Verfall der Sitten. „Es wird ja so viel geklaut! Mal eben



LANGE TRADITION | Die Zoohandlung im Jahr 1946 FOTO: PRIVAT

eine teure Schildkröte eingesteckt – und wir haben dann den Ärger mit dem Amt, weil der Verbleib der registrierten Tiere nicht nachgewiesen werden kann.“ „Wir haben deshalb die Schildkröten zugeschraubt“, ergänzt

ihr Mann. Die Schildkröten?! „Die Käfige natürlich.“

Und wie läuft das Geschäft? „Naja. Vor zehn Jahren hatten wir sechs Angestellte und haben 15 Tonnen Tierfutter verkauft. Heute sind wir zu zweit und verkaufen eine Tonne. Die Leute kaufen eben lieber billiges Futter beim Discounter, wo keiner weiß, was drin ist.“

Was wünschen sie sich von der Politik? „Dass der Parkplatz neben dem Rathaus geöffnet wird, damit unsere Kunden da parken können!“

Das Geschäft hat eine lange Tradition – schon vor dem Krieg konnte man hier ein Haustier kaufen. Sie haben es dann 1968 übernommen. Wie lange bleiben Sie uns noch erhalten? „Wir machen weiter ... so lange es geht!“

Na – dann freuen wir uns schon mal auf das Fest zum 50-jährigen Jubiläum 2018!

PETRA RUDOLPHI-KORTE

- Zoohandlung Schielke Tempelhofer Damm 153 12099 Berlin-Tempelhof
- www.norbertschielke.de

Der Bezirk im Netz

Ein Stück Transparenz und Bürgerservice

Auf den Internetseiten unseres Bezirks www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg findet man viele interessante Informationen, z. B. zu Baugenehmigungen, die Terminvergabe für das Bürgeramt, Wichtiges zur Wirtschaftsförderung, aber auch kulturelle oder geschichtliche Informationen, z. B. zu berühmten Persönlichkeiten aus Tempelhof-Schöneberg.

Jeder Fachbereich des Bezirksamts stellt hier Informationen ein, so dass kompetente und aktuelle Antworten auf alle Bürgerfragen gegeben werden. Mit dem Inhaltsangebot ist Tempelhof-Schöneberg einer der umfassendsten Anbieter auf dem Berlinportal www.berlin.de. Wer sich für ein bestimmtes Thema interessiert, kann sich in einen regelmäßigen Verteiler eintragen und wird automatisch informiert, wenn es Neuigkeiten gibt.

Für die politische Tätigkeit im Bezirk gibt es das Informationssystem ALLRIS: www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/bv-online/allris.net.asp. Allen Bürgerinnen und Bürgern ist der

öffentliche Bereich von ALLRIS zugänglich, der sich nur wenig unterscheidet von dem Zugang für die Bezirksverordneten. Alle öffentlichen Sitzungen, Termine und Drucksachen sind einsehbar und vor allem recherchierbar. In einer übersichtlichen Terminliste sind für jeden Monat die BVV und die Ausschusssitzungen einsehbar, sobald die Einladungen vorliegen. Die Sitzungs-Drucksachen liegen im Word- und im PDF-Format vor.

Übrigens: Die Sitzungen sind (mit wenigen Ausnahmen) öffentlich und können von jedem Bürger besucht werden.

Alle Informationen des Bezirksportal und aus ALLRIS sind auch in Papierform zu erhalten. Die online verfügbaren Informationen sind aber gebündelt und schneller zugänglich – ein wichtiger Beitrag zu mehr Transparenz und Bürgerservice. Die SPD setzt sich dafür ein, das Bezirksportal und ALLRIS bei den Inhalten und der Nutzeroberfläche weiter zu verbessern und über ein freies WLAN allen einen einfachen Zugang zu bieten.

ANNETTE HERTLEIN

Besser zum Tempelhofer Feld

SPD fordert mehr Zugänge zu U- und S-Bahn am Tempelhofer Damm

Wege in Kauf nehmen, sich eine Lücke im dichten Verkehr des Tempelhofer Damms suchen oder lange an einer der dünn getrauten Ampeln warten. Grund für diese schlechte Erreichbarkeit ist, dass ehemals vorhandene direkte Ausgänge der U-Bahn, die in den 1920er-Jahren für die Großereignisse auf dem Tempelhofer Feld geschaffen wurden, seit Jahrzehnten geschlossen und verschüttet

sind und solche Zugänge auch später nicht mehr angelegt wurden.

Betroffen davon sind die U-Bahnhöfe Paradestraße und Tempelhof: An der Paradestraße liegt eine komplette unterirdische Erschließungshalle mit zwei Zugängen östliche des Tempelhofer Damms brach und wird derzeit von einer Betriebsgruppe der BVG für Schießübungen genutzt. Am Bahnhof

Tempelhof ist ein ehemaliger Ausgang gegenüber der Hoepfnerstraße verbaut und geschlossen.

Handeln ist angesagt

Den größer werdenden Besucherandrang nimmt die SPD im Bezirk zum Anlass, von Senat und BVG nun die Öffnung dieser Zugänge zu fordern. Zusätzlich soll ein neuer Eingang zum S-Bahnhof Tempelhof auf der öst-

lichen Straßenseite des Tempelhofer Damms entstehen. Auch am Platz der Luftbrücke fehlt ein eigener Ausgang zur nord-westlichen Straßenecke, vor dem Hotel Columbia. Ein zusätzlicher Ausgang würde hier die teils chaotische Verkehrssituation bei Veranstaltungen entzerren und die Wege der BVG-Nutzer attraktiver und sicherer gestalten. Christoph Götz, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der BVV und Verfasser des Antrags, hofft auf eine positive Resonanz der beteiligten Stellen und eine zügige Realisierung.

„Schönes wie Trauriges“

Der lange Kampf um Rechte, Akzeptanz und Gleichberechtigung: Die »Schwusos« Tempelhof-Schöneberg

Die Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD Tempelhof-Schöneberg (»Schwusos TS«) hat in Schöneberg eine lange Tradition.

Bereits in einem SPIEGEL-Artikel vom August 1979 mit dem Titel „Hallo Gerda“ und dem Untertitel „In politischen Parteien und alternativen Gruppen artikulieren sich neuerdings die Homosexuellen. Bei der SPD nennen sie sich »Schwusos«“ wurde berichtet, dass in der damaligen Traumstadt der westdeutschen Schwulen, Berlin, ca. 80.000 Homophile lebten – und bereits 1978 die erste deutsche Schwusos-Gruppe gegründet wurde. Und die hatte, wie ihr damaliger Sprecher Hans-Joachim Franzen aus Schöneberg sagte, „erst mal gegen schlimmste Vorurteile zu kämpfen“. Er erkannte, dass „man nur dann akzeptiert wird, wenn man nicht nur für die Schwulenfrage kämpft“.

Schon damals forderten die Schwusos, dass die Partei durchsetzen müsse, „dass Homosexuelle und Heterosexuelle gleichgestellt werden“, etwa bei der Vergabe von Sozialwohnungen für Homo-Paare oder bei Steuererleichterungen. Damit waren die Schwusos anderen Organisationen weit voraus.

Ein Kampf – auch nach innen

Die Schwusos haben zunächst auch innerhalb der SPD um An-



»SCHWUSOS TS« | v.l.n.r. Rüdiger Lautmann, Udo Masgaj, Friederike Nitzsche, Hermann Zeller, Petra Nowacki, nicht auf dem Foto: Andreas Thot FOTO: KEGEL

erkennung kämpfen müssen. Erst seit Dezember 2011 ist die »AG Lesben und Schwule in der SPD« auf Bundesebene eine offizielle Arbeitsgemeinschaft, die vollständig anerkannt und damit an allen wichtigen Entscheidungsremien der Partei beteiligt ist. Auf dem Weg zur offiziellen Arbeitsgemeinschaft haben die Schwusos am Erreichen vieler wichtiger Etappenziele durch die SPD mitgewirkt. Sie haben sich innerhalb und außerhalb der SPD für die endgültige Abschaffung des § 175 StGB und die Einführung der

Lebenspartnerschaft stark gemacht. Auch an weiteren Verbesserungen der Rechte von Mitgliedern der Community, wie den Änderungen im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, den Veränderungen im Erbrecht sowie im Adoptionsrecht, haben die Schwusos intensiv mitgewirkt. In Berlin haben die Schwusos die »Initiative Akzeptanz sexueller Vielfalt« aktiv gefördert und befördert. Die SPD fordert heute nicht nur die Änderung von Art. 3 des Grundgesetzes, sondern hat auf ihrem Parteitag im Dezember 2011

auch die vollständige Gleichstellung von Lesben und Schwulen im Wege der Öffnung der Ehe beschlossen und einen entsprechenden Antrag in den Bundesrat eingebracht.

Engagement hat viele Seiten

„Aber es sind nicht nur rechtliche Rahmenbedingungen, für die wir kämpfen“ sagt die heutige Kreisvorsitzende der AG Lesben und Schwule in der SPD Tempelhof-Schöneberg, Petra Nowacki. „Nach wie vor müssen wir »Schwusos TS« uns nicht nur aktiv im Kampf für die Rechte der Community, sondern auch für ein über die rechtlichen Aspekte hinausgehendes gleichberechtigtes Leben und die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen (LGBTI) in der Gesellschaft einsetzen.“

Die Schwusos Tempelhof-Schöneberg freuen sich über das lebendige Umfeld und die vielen Einrichtungen im Bezirk Tempelhof-Schöneberg, mit denen sie gut vernetzt sind. „Wir sind stolz darauf, dass sowohl der LSVD Berlin-Brandenburg als auch die Lesbenberatung sowie die Berliner AIDS-Hilfe und viele weitere wichtige Initiativen und Vereine ihren Sitz in unserem Bezirk haben.“

Zu unserem Umfeld gehört sowohl Schönes als auch Trauriges. Sie im Kiez in den Bars und

Senekneipen und beim Lesbisch-Schwulen Stadtfest oder dem CSD zu amüsieren, ist das eine – Antidiskriminierungs-, Antigewalt- und Lebenshilfesowie Beratungsprojekte vielfältiger Art zu unterstützen und Feierlichkeiten auch immer mit politischen Forderungen zu verknüpfen ist das andere. Solange Letzteres notwendig ist, bleiben wir aktiv dabei.

In Deutschland geht es uns – trotz immer noch vorhandener negativer Erscheinungen – im internationalen Vergleich relativ gut. Es ist daher auch unsere Aufgabe, internationale Solidarität zu zeigen und dafür zu kämpfen, dass sexuelle Vielfalt international als Menschenrecht anerkannt wird.“, erklärt Nowacki weiter.

Die Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD Tempelhof-Schöneberg ist eine offene Arbeitsgruppe, in der sich auch Nicht-SPD-Mitglieder jederzeit für die gemeinsame Sache engagieren können. Die »Schwusos TS« treffen sich **jeden ersten Mittwoch im Monat ab 19 Uhr** zum Stammtisch in der »Vielharmonie« in der Motzstraße 8, nahe Nollendorfplatz. Eine gute Gelegenheit, sich kennenzulernen und ins Gespräch zu kommen.

► www.schwusos-tempelberg.de
► petra.nowacki@t-online.de
► Petra Nowacki: 0160/471 66 53

CSD BERLIN 2012

Unter dem Motto „Wissen schafft Akzeptanz“ werden sich am Samstag, dem 23. Juni 2012 wieder Zehntausende an der CSD-Demo beteiligen.

Wegen der Bauarbeiten am Tauentzien wechselt die Demo-Route in diesem Jahr: Die Parade beginnt um 12.30 Uhr in Kreuzberg auf der Gitschiner Straße / Ecke Prinzenstraße. Von dort geht es zur Wilhelmstraße, vorbei an der SPD-Parteizentrale und am Berliner Abgeordnetenhaus zum Potsdamer Platz, weiter zum Homo-Mahnmal. Nach einem Schlenker Richtung Osten findet dann das Finale am Brandenburger Tor statt.

► www.csd-berlin.de

FLAGGE ZEIGEN

Während der „Pride“-Wochen im Juni solidarisieren sich auch das Land und die Bezirke mit der queeren Community in Berlin – mit Regenbogenfahnen an den Rathäusern.



Am Roten Rathaus wird derzeit gebaut – deshalb hängt die Landes-Regenbogenflagge am U-Bahnhof Nollendorfplatz. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, BVG-Chefin Sigrid Nikutta und Jörg Steinert vom LSVD Berlin-Brandenburg haben die Flagge am 1. Juni gehisst.

Von Karl zu Karl

Wie die Umbenennung der Einemstraße zur politischen Posse wird



CSD 2011 | Symbolische Umbenennung der Einemstraße FOTO: AXEL HILDEBRANDT

Im Februar 2012 beschloss die BVV Tempelhof-Schöneberg nach einem anderthalbjährigen Prozess mit ausgiebiger Diskussion, dem Einholen von Gutachten und wiederum dem Einholen von Expertisen, die die Aussage der Gutachten bestätigen, die nördlich des Nollendorfplatzes liegende Einemstraße nach dem Juristen und Vorkämpfer der Homosexuellen-Bewegung Karl Heinrich Ulrichs umzubenennen.

Zudem wurde ein transparentes Verfahren mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger beschlossen. Was ist seitdem passiert? Nichts!

Zur Historie: Als die SPD-Fraktion im Januar 2010 den Antrag in die BVV einbrachte, die Einemstraße umzubenennen, weil es sich beim bisherigen Namensgeber Karl von Einem um einen Wegbereiter des National-

sozialismus handele, argumentierte die CDU dagegen, hielt ihr damaliges antidemokratisches und homophobes Verhalten für zeitgemäß und verlangte ein entsprechendes Gutachten. Schon damals war klar, dass dies angesichts der Haushaltslage des Bezirks schwierig werden würde.

Nachdem schließlich die Gutachten von anerkannten Wissenschaftlern vorlagen, wurde von Seiten der Verwaltung unterstellt, dass es sich um Gefälligkeitsgutachten handeln könnte, und es wurden wiederum Expertisen gefordert. Aber auch diese bestätigten die Aussage der Gutachten, dass es sich bei Karl von Einem um einen Wegbereiter des Nationalsozialismus handele.

Immer neue Ausreden

Die BVV hat nach einer langen Debatte beschlossen, die Einem-

straße mit Karl Heinrich Ulrichs nach einem Mann umzubenennen – entgegen des Beschlusses, vorrangig Frauennamen für Straßenbenennung zu nutzen. In der März-Sitzung der BVV stellte der zuständige Stadtrat Krüger (CDU) auf die Frage, ob die Umbenennung im Rahmen des 20. Lesbisch-Schwulen Stadtfestes stattfinden könne, fest, dass die Gutachten keine Unterschriften hätten, weil sie per Fax übermittelt wurden und die Verwaltung den Umbenennungsprozess so unmöglich in Gang setzen könne. Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

Im Mai brachte die SPD-Fraktion wieder eine große Anfrage in die BVV ein und legte die lange Liste der Verzögerungen durch den CDU-Stadtrat vor. Jetzt bat Krüger um einen BVV-Beschluss, der beinhaltet, dass die Einemstraße nach einem Mann benannt wird ... eine Farce!

Fakt ist: CDU-Stadtrat Krüger ziert sich, die Straße umzubenennen und findet immer wieder neue Vorwände, dies nicht tun zu müssen. Da bei einer Umbenennung der Einemstraße auch der Bezirk Mitte betroffen ist, bietet die dortige Diskussion einen weiteren Grund, die Umbenennung zu verzögern.

Der schwul-lesbische Kiez in Schöneberg hat es längst verdient, sich mit der Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße auch im Straßenbild wiederzufinden. Herr Krüger muss jetzt handeln und den Umbenennungsprozess endlich umsetzen!

MELANIE KÜHNEMANN

► www.karl-heinrich-ulrichs.eu

Kiezgeschichte(n)

Historische Orte – schillernde Persönlichkeiten

MANEO ist vor allem wegen seiner jahrelangen, engagierte Anti-Gewalt-Arbeit in ganz Berlin bekannt.

Das beim schwulen Informationszentrum Mann-O-Meter angesiedelte Projekt kümmert sich aber auch um die Aufarbeitung der langen Geschichte der schwul-lesbischen Szene. Jetzt haben der Autor Andreas Pretzel und MANEO-Projektleiter Bastian Finke ein »Lesewerk« mit Geschichten über historische Orte und schillernde Persönlichkeiten des Schöneberger Regenbogenkieses der 1920er- und 1930er-Jahre präsentiert.

Über die facettenreichen Geschichten von Lesben, Schwulen und Trans*personen gibt es viel zu erzählen: „Nirgendwo sonst gab es eine solche Mischung aus Kneipen und Tanzdielen, mondänen Bars und exklusiven Tanzlokalen wie im Schöneberger Kiez, wo sich in den 20er- und 30er-Jahren Menschen aus aller Welt trafen.“, so Andreas Pretzel. Monatlang hatte er recherchiert und die bemerkenswerten Ergebnisse in 13 »Kiezgeschichten« zusammengefasst.

„Mit diesem Buch wollen wir das Selbstbewusstsein von Schwulen, Lesben und Trans*personen in Berlin stärken, weil sie das bunte und schillernde Berlin zu Anfang des letzten Jahrhunderts bis in die 30er-Jahre hinein mit ihren Bars und Tanzvergnügungen, ihren Organisationen, Veranstaltungen und Netzwerken mitgeprägt haben“, so Bastian Finke.

Der Nazi-Terror bewirkte, dass gegen Ende der 1930er-Jahre

die Lebensvielfalt in Berlin erstarbte – Orte für Schwule, Lesben und Trans*personen mussten schließen, Menschen wurden verfolgt und ermordet. Zwei Stolpersteine, die in der Motzstraße verlegt wurden, erinnern nun an zwei schwule Männer, die auf diese Weise grausam ermordet wurden.

Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (SPD), die das Buch mit vorstellte, sagte: „Der Regenbogenkiez stand bisher nicht im Fokus eines besonderen bezirklichen Engagements. Das wird sich ändern. Das Buch und die darin aufgearbeiteten Geschichten werden helfen, weitere Initiativen zu befördern.“

► www.maneo.de



»TS aktuell« verschenkt drei Exemplare des MANEO-Lesewerks. Schicken Sie uns bis zum 15. Juli 2012 eine Mail an redaktion@tsaktuell.de – mit dem Betreff »MANEO«, Ihrem Namen und Ihrer Adresse. Bei mehr als drei Interessenten entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

REHABILITIERUNG

Das Land Berlin ergreift die Initiative, um ein dunkles Kapitel in der deutschen Geschichte zu enttabuisieren. Es geht um die Männer, die wegen homosexueller Handlungen nach 1945 verfolgt, verurteilt und diskriminiert worden sind.

Der Senat hat eine Bundesratsinitiative und eine weitreichende Berliner Initiative beschlossen, in der die gesellschaftliche und rechtliche Rehabilitation gefordert werden.

Nach 1945 galt in der Bundesrepublik Deutschland der § 175 Strafgesetzbuch weiter in der Form, wie er in der Zeit der Nazi-Diktatur verschärft worden war. Schon erotische Annäherungen standen unter Strafe. Ca. 50.000 Männer wurden verurteilt. Sie mussten Gefängnis- und Zuchthausstrafen verbüßen, nicht selten wurde ihre bürgerliche Existenz zerstört. Razzien und Denunziationen waren an der Tagesordnung.

Nach einer Entschärfung des § 175 im Jahr 1969 wurde er erst 1994 endgültig aus dem deutschen Strafrecht gestrichen.

„Mit Betroffenheit habe ich die Berichte darüber gelesen, wie schwule Männer in den 1950er und 1960er Jahren von Staat und Justiz bedrängt, verfolgt und bestraft wurden.“, so die Berliner Senatorin Dilek Kolat. „Heute sehen wir, dass diese Strafandrohung gegen fundamentale Menschenrechte und das Grundrecht der Freiheit der Persönlichkeit verstößt. Deshalb ist es höchste Zeit, die Initiative für eine Rehabilitation der noch lebenden Verurteilten zu ergreifen.“

KURZ ERKLÄRT



STICHWORTE

Queer (aus dem Englischen) bezeichnet übersetzt Handlungen oder Personen, die »von der Norm abweichen« – hat sich zur »gängigen« Umschreibung von Dingen und Begriffen entwickelt, die Lesben, Schwule und Menschen anderer sexueller Identität insgesamt betrifft, z.B. im Begriff »Queer Community«.

LGBT[TI] ist eine international übliche Abkürzung, die Menschen mit nicht-heterosexueller Identität umfasst: Lesben (**L**), Schwule (**G**, engl. Gay), Bisexuelle (**B**), Transsexuellen (**T**) – oft auch ergänzt um Transgender (**T**) und Intersexuelle (**I**).

Trans* meint ein breites Spektrum von Selbstdefinitionen und Lebensweisen von Menschen, die sich nicht oder nur zum Teil mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde, z.B. Transgender, Transsexuelle, Transidente, Polygender.

Mehrfachdiskriminierung bezieht sich auf Personen, die sich unterschiedlichen Communities zugehörig fühlen und aufgrund dessen mehrere Diskriminierungen erleben können (z.B. Transphobien, Homophobien und Rassismen).

„Es geht um Lösungsstrategien“

Von Coming-out bis Mehrfachdiskriminierung – Die »Lesbenberatung« kümmert sich um viele Themen

NACHGEFRAGT

Marijke Höppner sprach für »TS aktuell« mit Claudia Apfelbacher, der Geschäftsleiterin der Lesbenberatung Berlin.

TS aktuell: An wen richten sich Ihre Angebote?

Claudia Apfelbacher: Die Lesbenberatung Berlin e.V. bietet primär Beratung, Unterstützung und Informationen für lesbische und bisexuelle Frauen und Mädchen, Trans, deren Angehörige sowie alle Frauen und Mädchen in Krisen- und Konfliktsituationen – egal welchen Alters, welcher Nation und welcher Kultur. Menschen, die in beruflichen Zusammenhängen mit lesbischen/bisexuellen Frauen oder Trans* Menschen zu tun haben, sind ebenso willkommen. Das können PsychotherapeutInnen, Fachleute und Einrichtungen der psychosozialen und psychiatrischen Versorgung sowie MultiplikatorInnen sein.

Was erwarten die Besuchenden, wenn Sie das erste Mal zu Ihnen kommen?

Alle sind bei uns herzlich willkommen und werden mit ihrem persönlichen Anliegen ernst genommen. Dieses kann ganz unterschiedlich sein. Unsere offenen Räume sind hell und freundlich, so dass sich die NutzerInnen wohlfühlen können.

Außer zu einer Beratung oder zur Einzel- oder Paartherapie kann vorbeikommen, wer plaudern oder andere lesbische, bisexuelle Frauen und Trans kennenlernen möchte, z.B. im »Offenen Treff«, der »coming out Gruppe« oder der »young and queer« Gruppe für junge Erwachsene, wer Hilfe in Krisenzeiten braucht oder wer sich einen Roman nicht kaufen, sondern in unserer Bibliothek kostenlos ausleihen möchte.

Auch bieten wir einen kostenfreien Internetzugang, informieren über die Szene und aktuelle Veranstaltungen.

Welche Ihrer Angebote sind besonders beliebt?

Unsere regelmäßigen Angebote wie der »Offene Treff«, die »young and queer« Gruppe und unsere Empowerment-Workshops werden von den NutzerInnen gut angenommen. Unsere Bibliothek wie auch der Internetzugang werden während der Öffnungszeiten neben unserem Cafébetrieb gerne genutzt.



CLAUDIA APFELBACHER



HELL, OFFEN, EINLADEND | Die Räume der Lesbenberatung in Berlin-Schöneberg

FOTO: CHRISTA FREISEWINKELE

Einen Fokus setzen die NutzerInnen auf unser Beratungs- und Therapieangebot, und hier u.a. auch auf unser mehrsprachiges Antigewalt- und Antidiskriminierungsangebot. Unser ebenfalls mehrsprachiges Beratungs- und Unterstützungsangebot wird von Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft genutzt. Außerdem begleiten wir zu ÄrztInnen und Behörden, zu Polizei- und Gerichtsterminen und vermitteln auch an andere Instanzen.

Was sind die wichtigsten Anliegen derer, die Sie besuchen?

Viele KlientInnen sind auf der Suche nach Unterstützung bei Fragen des täglichen Lebens sowie in Krisensituationen. Es geht darum eigene Lösungsstrategien zu entwickeln und Sicherheit und Handlungsfähigkeit mit sich und dem Umfeld zu gewinnen. Die Themen sind vielfältig: Identität, Konflikte, Ängste, Krisen, Sexualität, Coming out, Kinderwunsch,

Mobbing, Einsamkeit, Stalking, Trauer, Regenbogenfamilien, Mehrfach-Diskriminierung, sexualisierte Gewalt, Therapie und viele weitere.

Sie setzen unter anderem mit dem Projekt »LesMigraS« einen Schwerpunkt auf Mehrfachdiskriminierung. Warum?

Eine lesbische oder bisexuelle Frau bzw. ein Trans*Mensch lebt nicht nur lesbisch, bi und/oder Trans, sondern hat immer auch eine Herkunft, eine Hautfarbe, einen Körper mit einer bestimmten Befähigung oder Beeinträchtigung, einen sozialen Status, eine oder mehrere Genderidentität(en).

Deswegen geht es in unserer Antigewalt- und Empowerment-Arbeit nicht nur um die sexuellen und geschlechtlichen Lebensweisen, sondern auch um Zugehörigkeiten zu verschiedenen gesellschaftlichen, sozialen, religiösen und kulturellen Gruppen und den daraus resultierenden Ressourcen und Diskriminie-

rungserfahrungen. Ein wichtiges Ziel unseres Projekts »LesMigraS« ist es, verschiedene Gründe von Diskriminierung(en) und Gewalt (kulturelle und soziale Herkunft bzw. Kassismus, Hautfarbe, Alter, Beeinträchtigungen) verschränkt und nicht isoliert voneinander zu denken und sich somit gegen Mehrfachdiskriminierung einzusetzen. Da zwischenmenschliche, strukturelle und staatliche Gewaltformen gemeinsam angegangen werden müssen, engagieren wir uns auf all diesen Ebenen, um Gewalt und Diskriminierung langfristig zu beenden. »LesMigraS« konzentriert sich hierbei insbesondere auf Rassismus, Homophobie und Transphobie, Soziale Herkunft und deren Zusammenwirken.

► **Lesbenberatung Berlin**
Kulmer Str. 20a (2. Hof), 4. OG
10783 Berlin-Schöneberg
► Tel. 030 - 215 20 00
► www.lesbenberatung-berlin.de
► www.lesmigraS.de

TS aktuell

ZEITUNG FÜR TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Herausgeber

SPD Tempelhof-Schöneberg
Feurigstraße 4 · 10827 Berlin
Tel. 030 / 781 22 83
Fax 030 / 78 00 12 17

Mail: redaktion@tsaktuell.de
V.i.S.d.P.: Dilek Kolat

Redaktion dieser Ausgabe

Hans G. Kegel · Melanie Kühnemann
Eva Liebchen · Manuela Harling
Petra Rudolph-Korte · Harald Rossa
Athanasios Vassiliou · Ingo Siebert
Frank Zimmermann

Mitarbeit an dieser Ausgabe

Elke Ahlhoff · Daniel Behrendt
Christoph Götz · Annette Hertlein
Marijke Höppner · Mechthild Rawert
Angelika Schöttler · Axel Seltz
Petra Nowacki · Orkan Özdemir
Ulrich Horb

Satz und Layout · Hans G. Kegel
Druck · Henke Pressedruck, Berlin
Fotos · © Kitty · Fotolia.com (S.1)
© anderssehen · Fotolia.com (S.11)

TS aktuell wird kostenlos in Tempelhof-Schöneberg verteilt.

NEU – jetzt auch online:
www.tsaktuell.de
[facebook.com/TSaktuell](https://www.facebook.com/TSaktuell)

Berliner Stadtblatt

Herausgeber

SPD Landesverband Berlin
Müllerstr. 163 · 13353 Berlin

Chefredakteur

Mark Rackles (V.i.S.d.P.)

Redaktion

Ulrich Horb (CvD) · Gunter Lange
Ulrich Rosenbaum · Josephine Steffen

Anschrift

Berliner Stadtblatt
Müllerstr. 163 · 13353 Berlin
Mail: info@berliner-stadtblatt.de
Internet: www.berliner-stadtblatt.de

Anzeigen

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH · anzeigen@vorwaerts.de

Emanzipation, Beratung, Hilfe

Viele Institutionen der Berliner »Queer Community« haben ihren Sitz im Bezirk, vor allem im nördlichen Schöneberg. Drei davon stellen wir kurz vor.



Als bundesweit größte Organisation von Lesben und Schwulen tritt der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) Vorurteilen und Intoleranz offensiv entgegen.

Der **LSVD Berlin-Brandenburg e.V.** hat als Landesverband des bundesweit agierenden LSVD-Netzwerkes mit seiner Bürgerrechtsarbeit in den vergangenen 20 Jahren wesentlich zur lesbisch-schwulen Emanzipation in der Hauptstadtregion beigetragen – sei es durch Initiierung der »Aktion Standesamt« 1992, die kontinuierliche Lobbyarbeit für gleiche Rechte, den aktiven Kampf gegen Homophobie oder die Koordinierung des Protests gegen die Geschlechter- und Sexualpolitik des Papstes in 2011.

Zu den LSVD-Aktivitäten gehören zum Beispiel die »Regenbogenfamilien« für Lesben und Schwule mit Kindern und Kinderwunsch, »MILES« mit einem (Selbst-)Hilfsangebot für homosexuelle Migrantinnen und Migranten sowie das jährlich stattfindende Sport- und Kultur-Event »Respect Games«.

► **LSVD Berlin-Brandenburg e.V.**
Kleiststraße 35
10783 Berlin-Schöneberg
► Telefon 030 - 22 50 22 15
► www.berlin.lsvd.de

Mann-O-Meter wurde 1986 als erstes »Gay Switchboard« in Deutschland eröffnet und gilt als »Vorbild« für viele weitere Institutionen dieser Art.

Das Angebot von Mann-O-Meter (MOM) richtet sich an schwule und bisexuelle Männer und Jugendliche. MOM bietet ein umfassendes Angebot an Beratung und Information zu HIV und anderen sexuell übertragbaren Erkrankungen, Hilfe bei Problemen im Coming-out und in der Partnerschaft sowie zu anderen Fragen im Zusammenhang mit Homosexualität und schwulen Lebensweisen.

Täglich stehen zwei ehrenamtliche Berater für persönliche oder telefonische Beratungen zur Verfügung, bei Bedarf zwei hauptamtliche Psychologen.

Im Info-Café kann sich jeder auch selbst mit Informationsmaterialien versorgen.

Auch das Anti-Gewalt-Projekt **MANEO** gehört zum Trägerverein Mann-O-Meter. MANEO konnte in den letzten Jahren große öffentlichkeitswirksame Aktionen und Projekte gegen Homophobie verwirklichen.

► **Mann-O-Meter e.V.**
Bülowstraße 106
10783 Berlin-Schöneberg
► Telefon 030 - 216 80 08
► www.mann-o-meter.de

Die Berliner Aids-Hilfe e.V. (BAH) wurde 1985 gegründet und ist seit wenigen Wochen ebenfalls im Bezirk ansässig.

Die BAH informiert zu Übertragungswegen von HIV, Hepatitis und anderen sexuell übertragbaren Erkrankungen.

Die Arbeit der mehr als 210 ehrenamtlichen und 16 hauptamtlichen MitarbeiterInnen der BAH findet in der Beratungsstelle, am Telefon, in Justizvollzugsanstalten und im Rahmen der Jugendprävention statt.

Als Selbsthilfeorganisation unterstützt die BAH Menschen mit HIV/Aids, ihre An- und Zugehörigen in allen Lebensfragen, die sich im Rahmen der HIV-Erkrankung ergeben.

Dazu gehört auch die Beratung und Information zu sozial- und arbeitsrechtlichen, wie auch zu medizinischen und psychosozialen Fragen.

»Hilfe zur Selbsthilfe« ist dabei das Leitmotiv – vor allem die Selbstvertretung von Menschen mit HIV /Aids will die Berliner Aids-Hilfe stärken und unterstützen.

► **Berliner Aids-Hilfe e.V.**
Kurfürstenstraße 130
10785 Berlin-Schöneberg
► Telefon 030 - 88 56 40-0
► www.berlin-aidshilfe.de

Hilde Radusch

„Nie Opfer, sondern immer Kämpferin“

Am 22. Juni wird ein Gedenkort für Hilde Radusch eingeweiht. Dieser Verdienst gilt besonders dem Netzwerk zur Spurensuche von Frauengestalten »Miss Marples Schwestern«, die ihre Spürnase und Ausdauer eingesetzt haben, um Hilde Radusch ein angemessenes Gedenken zu Teil werden zu lassen.

Hilde Radusch, die 1919 als 16-Jährige aus Weimar nach Berlin kam, war KPD-Mitglied, Betriebsrätin bei der Post und später Stadtverordnete. Und sie war Lesbin. Auch das ist »Miss Marples Schwestern« wichtig: »Lesbisch liebenden Frauen sollten beim Gedenken an die Opfer der Zeit des Nationalsozialismus nicht vergessen werden.«

Die SPD-Fraktion in der BVV Tempelhof-Schöneberg begrüßt



HILDE RADUSCH | Foto von 1940

FOTO: FFBIZ BERLIN · NACHLASS

te das Engagement von »Miss Marples Schwestern« und forderte deshalb in Anträgen die Unterstützung des Bezirksamtes und der Bezirksverordnetenversammlung ein. Nun entsteht ein Gedenkort, der die Frau ehrt, die ihr Leben mit den Worten resümierte: »Ich habe mich nie als »Opfer« betrachtet, sondern immer als »Kämpferin«.

Radusch kämpfte. Sie kämpfte im Untergrund gegen die NS-Diktatur und ging für ihre Überzeugungen ins Gefängnis. Und sie kämpfte für die Rechte der Frauen, gründete den Roten Frauen- und Mädchenbund und wurde Aktivistin der Neuen Frauenbewegung im »FFBIZ«, dem Frauen-Forschungs-Informations- und Bildungszentrum sowie der Lesbengruppe »L74«.

Nach dem Krieg wurde Radusch Mitarbeiterin im Bezirksamt in der Abteilung »Opfer des Faschismus«. Die Bewilligung von Lebensmitteln, Kleidung und anderen Hilfen lagen in ihrem Aufgabenfeld. In dieser Zeit gerät sie mit dem realen Kommunismus in Konflikt und tritt aus der KPD aus. KPD-Funktionäre schwärzen sie im Gegenzug im Bezirksamt an; ihr Leben als Lesbin wurde zum Entlassungsgrund.

Die Einweihung des Gedenkortes für Hilde Radusch findet am Freitag, dem 22. Juni 2012 um 17.00 Uhr am Haus statt, in dem sie bis zu ihrem Tod im August 1994 lebte, in der **Eisenacher Straße / Ecke Winterfeldtstraße** in Schöneberg.

„Ich nehme die Sorgen ernst“ Mehr als nur ein Vermieter

Stadtentwicklungssenator Michael Müller im Stadtblatt-Interview über steigende Mieten und Wohnungsneubau

Jede 6. Wohnung in Berlin gehört einer der 6 städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Und die haben einiges zu bieten.

Stadtblatt: Für viele Berlinerinnen und Berliner ist es schwieriger geworden, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Können Sie ihnen Hoffnung machen?

Michael Müller: Ich nehme diese Sorgen sehr ernst. In der Tat hat sich der Wohnungsmarkt verändert, wir haben mehr kleine Haushalte und einen stärkeren Zuzug in die Stadt. Es gibt kein Allheilmittel gegen steigende Mieten. Aber wir sind dabei, ein ganzes Bündel von Maßnahmen umzusetzen, um die Mieten zu stabilisieren.

Stadtblatt: Das Mietrecht wird auf Bundesebene geregelt. Wie können Sie da Einfluss nehmen?

Müller: Wir setzen uns direkt über den Bundesrat für eine Änderung im Mietrecht ein, um den Mietanstieg gesetzlich zu drosseln. Aber auf Bundesebene haben uns bisher Bündnispartner für unsere Initiative gefehlt. Inzwischen hat die SPD-Bundestagsfraktion unsere Vorschläge aufgegriffen. Sie will wie wir Mietsteigerungen innerhalb von vier Jahren auf höchstens 15 Prozent begrenzen. Zusätzlich darf die Miete bei Neuvermietungen maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Das würde Berlin und den Mieterinnen und Mietern sehr helfen.

Stadtblatt: Welche weiteren Möglichkeiten sehen Sie?

Müller: Wir sind dabei, mit unseren Wohnungsbaugesellschaften ein Bündnis zu schließen, um die Mieten zu dämpfen. Mieterhöhungen sollen bei 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens gekappt werden können. Gemeinsam wollen wir auch den Neubau vorantreiben. Dazu erhalten beispielsweise die kommunalen Wohnungsunterneh-

men Grundstücke aus dem Liegenschaftsfonds, damit sie ihren Bestand ausweiten können. Auch die Wohnungsgenossenschaften fördern wir mit einem Fonds von 15 Mio. €. Ziel ist es, mehr bezahlbare Wohnungen zu bauen. Und wir werden ein Gesetz einbringen, das die Zweckentfremdung von Wohnraum in den Teilen der Stadt untersagt, in denen die Wohnungssuche heute schon schwierig ist.

Interview: U.H.



Will Neubau stärker fördern: Stadtentwicklungssenator Michael Müller

Foto: Duclos

UNSER THEMA IN DIESER AUSGABE: WOHNEN

In dieser Stadtblatt-Ausgabe geht es um bezahlbare Mieten, um die städtischen Wohnungsbaugesellschaften und die Pläne für Wohnungsneubau. Uns interessiert Ihre Meinung: Soll künftig „billiger“ gebaut werden? Kann an der Wohnungsausstattung gespart werden? Worauf würden Sie für eine günstigere Miete verzichten? Was halten Sie von gesetzlichen Grenzen bei Mieterhöhungen?

■ Schreiben Sie an das Berliner Stadtblatt, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Oder schicken Sie eine Mail an: wohnen@berliner-stadtblatt.de



Das degewo-Projekt „Jule“ unterstützt junge Mütter in Marzahn-Hellersdorf.

Foto: Cathrin Bach/degewo

Man stelle sich vor, der Wohnungsverwalter klopft an die Tür und will weder eine Mietpreiserhöhung ankündigen noch zur richtigen Mülltrennung ermahnen sondern einfach wissen: „Kommen Sie mit Ihrem Kind klar? Brauchen Sie Hilfe? Benötigen Sie eine größere Wohnung?“ Oder der, wenn die Mietzahlungen im Rückstand sind, nicht mit Räumung droht, sondern ein Gespräch mit der Schuldnerberatung anbietet?

Gibt's nicht? Und ob. 600.000 Berliner, für deren Vermieter nicht der Profit im Vordergrund steht, weil der Eigentümer nämlich die Stadt ist, wissen längst die Vorteile des öffentlichen Wohnungs-

wesens zu schätzen. Heute halten die 6 städtischen Wohnungsgesellschaften degewo, GEWOBA, HOWOGE, STADT UND LAND, GESOBAU und WBM rund 270.000 Wohnungen.

Und sie beschränken sich nicht darauf, Wohnungen zu vermieten, sondern sie kümmern sich auch um das Wohlergehen der Menschen, die dort leben. Wie weit das gehen kann, zeigt derzeit Berlins größte Wohnungsbaugesellschaft degewo mit dem Projekt „Jule“ in Marzahn-Hellersdorf. Alleinerziehende Mütter und Väter im Alter von 18 bis 27 Jahren werden auf ihrem Weg in ein eigenständiges Leben unterstützt. Dafür stehen 15 Wohnungen mit 3 bis 5 Zimmern zur Verfügung. Darunter sind junge Mütter mit Kinderschwangerschaften, die alleine leben. So wie Aline (18): „Endlich bekomme ich Anschluss an das richtige Leben.“ Nancy (18): „Bisher musste ich mit meinem Kind in einer Einzimmerwohnung klar kommen. Jetzt bietet mir die degewo eine Wohngemeinschaft mit

Kinderbetreuung.“ Degewo-Chef Frank Bielka: „Wir wollen verhindern, dass die Menschen in die Sozialhilfe getrieben werden, indem wir helfen, dass sie einen Schul- und Berufsabschluss bekommen.“ Senat, Bezirksamt, Jobcenter, dem Marzahn-Hellersdorfer Wirtschaftskreis und Kinderring Berlin e.V. helfen tatkräftig mit.

Gemeinschaftsräume, gesellige Veranstaltungen, soziale Beratung, Quartiersmanagement, kulturelle Angebote und ökologisches Verhalten sind den Wohnungsbaugesellschaften genauso wichtig wie energetische Sanierung oder funktionierende Aufzüge. Denn alles zusammen macht den Wohnwert aus, und dazu braucht man keine Luxus-sanierungen. Wohl aber muss man auf die bewährte „Berliner Mischung“ von Menschen mit unterschiedlichem Einkommen achten. „Wohnst du noch oder lebst du schon?“ könnte deshalb auch ein gutes Motto der größten Wohnungsbaugesellschaft degewo sein.

U.R.

„Dauerbrenner sind Betriebskosten“

Frank Wiemann berät Mieter im Schöneberger Kiez

Post vom Vermieter bedeutet meist nichts Gutes. Nicht selten landen solche Briefe auf dem Schreibtisch von Frank Wiemann. Seit April ist der 45jährige Rechtsanwalt zweimal im Monat ehrenamtlicher Mieterberater in einem SPD-Büro mitten im Schöneberger Kiez. Und zu ihm kommen beileibe nicht nur Rentner und Geringverdiener.

Meist geht es um Betriebskostenerhöhungen oder Mieterhöhungen, ab und an auch um geplante Modernisierungen. Manche Ängste kann Frank Wiemann im Gespräch nehmen. Denn Mieter haben Rechte und können sich wehren. So darf die Miete innerhalb von drei Jahren um nicht mehr als 20 Prozent steigen – was leider nicht für Modernisierungen gilt. Und der Vermieter muss zeigen, dass die von ihm verlangte Miete ortsüblich ist.

Viele Fragen betreffen die steigenden Betriebskosten. „Ein Dauerbrenner“, sagt Frank Wiemann. „Die Ab-

rechnungen sind oft unübersichtlich und für jemand, der sich damit nicht auskennt, schwer zu durchschauen.“ Auch wer spart, zahlt nicht in jedem Fall weniger. So kam kürzlich ein Mieter in die Beratung, der sich über gestiegene Heizkosten beklagte, obwohl er im Winter die Wohnung gar nicht geheizt hatte. „Von den gesamten Heizkosten müssen zwischen 50 und 70 Prozent nach dem erfassten Wärmeverbrauch der Nutzer verteilt werden“, so Frank Wiemann. „Aber es bleiben eben die Grundkosten, die zu 30 bis 50 Prozent nach Wohnungsgröße umgelegt werden.“

Schlaflose Nächte haben Mieter häufig bei geplanten Modernisierungen. „In einem Fall sollte sich die Miete nahezu verdoppeln“, sagt Frank Wiemann. Die große Schöneberger Altbauwohnung hatte noch eine Ofenheizung und sollte nun u.a. eine Zentralheizung erhalten. Nicht alles muss der Mieter akzeptieren. „Eine Modernisierung muss drei



Berät ehrenamtlich: Frank Wiemann

Foto: Horb

Monate vor Beginn angekündigt werden, Art und Umfang der Maßnahme und die zu erwartende Mieterhöhung müssen mitgeteilt werden“, so Frank Wiemann. Ein Mieter kann die Modernisierung ablehnen, wenn sie eine Härte für ihn oder Personen in seinem Haushalt darstellt.

In die Beratung kommen Mieter aber auch, wenn Mängel in der Wohnung vorhanden sind, z.B. ein Wasserschaden. Auch ein Baugerüst mit Plane vor der Wohnung

und eingeschränkter Balkonnutzung ist ein Mangel. In diesem Fall kann die Brutto-Warmmiete z.B. um ca. 10 Prozent gemindert werden.

Mit seinen Tipps können sich Mieter oft selbst helfen. „In einigen Fällen sollte aber auch ein Anwalt eingeschaltet werden, damit der Mieter zu seinem Recht kommt.“ U.H.

Mieterberatung im SPD-Laden in der Feuerstr. 4, 10827 Berlin.

Jeden 1. und 3. Freitag im Monat von 17-18 Uhr, Anmeldung unter Tel. 7812283.

SOZIALES MIETRECHT ERHALTEN

Die Unterschiede könnten nicht größer sein. Die Bundesregierung will den Mieterschutz einschränken, die SPD-Bundestagsfraktion hat ein Gesetz vorgelegt, um Mieterrechte zu stärken und Mietsteigerungen zu begrenzen.

Die Pläne der Bundesregierung: Mieterinnen und Mieter dürfen künftig wegen energetischer Sanierung für einen Zeitraum von drei Monaten nicht mehr die Miete mindern. Vermieter sollen ein fristloses Kündigungsrecht haben, wenn Mieterinnen und Mieter die Mietkaution nicht pünktlich zahlen. Außerdem soll die Räumung der gemieteten Wohnung vereinfacht werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion will dagegen die fortschreitende Verdrängung einkommensschwacher Mieterinnen und Mieter aus den Innenstadtbereichen stoppen. Dazu soll die Miete innerhalb von 4 Jahren nur noch um 15 Prozent erhöht werden dürfen (bisher 20 Prozent in drei Jahren). Bei Neuvermietung sollte die Miete zudem die ortsübliche Vergleichsmieten um höchstens 10 Prozent übersteigen. Die Modernisierungumlage soll von 11 auf 9 Prozent gesenkt werden. Das Mietminderungsrecht soll erhalten bleiben, ebenso der Kündigungsschutz.

M. H.

Treffpunkte für die ganze Familie

19.000 neue Kitaplätze in Planung - „Hortlücke“ geschlossen - Familienzentren werden eingerichtet

Unten Kita, oben Familienzentrum. Das ist das Konzept des Kinder- und Familienzentrums in der Neuen Steinmetzstraße in Schöneberg vom Träger INA. Kindergärten.

Im Erdgeschoss die Kita. Hier spielen, toben und lernen 80 Kinder. Ein Stockwerk höher das Familienzentrum. Dort treffen sich die werdenden Mütter zum Schwangerschaftskurs, die Familienhebammen kommt, es finden Krabbelgruppen und Sprachkurse statt.

Die Eltern kommen hier zusammen, tauschen sich aus, bekommen Tipps und Hilfe. Das Familienzentrum wird im Kiez zum Treffpunkt für die ganze Familie. Dieses Konzept will die Berliner Familiensenatorin Sandra Scheeres stärken. Erstmals wurde Geld dafür in den Haushalt eingestellt. Bis zum Jahresende können dafür 500.000 Euro ausgegeben werden, im nächsten Jahr sind es bereits 1,5 Millionen Euro.

„Bis Ende nächsten Jahres sollen mindestens zwei Familienzentren pro Bezirk von uns Unterstützung bekommen“, so die 42jährige Senatorin, die selbst zwei Kinder hat. Die Vorteil der Familienzentren: Hier finden die Eltern viele wichtige Angebote, die Zentren sind gut im Kiez vernetzt und es gibt keine Hemmschwellen oder Hürden für die Eltern. Deshalb sehen die Experten in den Familienzentren auch einen weiteren Baustein für den Kinderschutz.

Insgesamt will Sandra Scheeres Berlin als familienfreundliche Stadt stärken. Zwei weitere große Projekte nimmt sie mit dem gerade beschlossenen Haushalt deshalb außerdem in Angriff: den Ausbau der Kitaplätze und das Schließen der Hortlücke.

So will die Senatorin bis Ende 2015 bedarfsgerecht bis zu 19.000 neue Kitaplätze schaffen. Schon für die nächsten



Verschafft sich ein Bild von der Arbeit vor Ort: Bildungssenatorin Sandra Scheeres. Foto: Schulenberg

zwei Jahre stehen dafür zusätzlich 20 Millionen Euro zur Verfügung. Gleichzeitig führt Sandra Scheeres auch den Hort für

die Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Klasse ein. Bei Bedarf sind damit auch die älteren Grundschulkinder nach

der Schule länger betreut. Und das ist gut für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. SB

MELDUNGEN

WILLY BRANDT

Am 19. Juni 2012 eröffnet im Forum Willy Brandt Berlin (Unter den Linden 62-68) die neue ständige Ausstellung „Willy Brandt - Politikerleben“. Mit zum Teil erstmals öffentlich gezeigten Dokumenten, Objekten, Fotografien, Film- und Tonaufnahmen aus dem Leben und Wirken Brandts zeigt sie auch die unterschiedliche Wahrnehmung der Person des früheren Bundeskanzlers und Regierenden Bürgermeisters.

GEGEN GEWALT

16.108 Fälle von häuslicher Gewalt in Berlin wurden im Jahr 2011 polizeilich registriert. In Dreiviertel aller Fälle waren die Täter männlich. 1.511 Frauen und 1.413 Kinder haben Schutz, Hilfe und Unterkunft in den Berliner Frauenhäusern und Zufluchtwohnungen gefunden.

Mit neuem Team

Stöß: SPD zeigt klares soziales Profil

Am 9. Juni 2012 wurde auf dem Landesparteitag der Berliner SPD ein neuer Landesvorsitzender und Landesvorstand gewählt. Jan Stöß setzte sich mit 123 zu 101 Stimmen gegen den bisherigen Amtsinhaber und Stadtentwicklungssenator Michael Müller durch.

Er teilt die Biographie von vielen in dieser Stadt: Jan Stöß, vor 38 Jahren in Hildesheim geboren, kam als junger Mann nach Berlin. Der Verwaltungsrichter, der das Amt des Landesvorsitzenden ehrenamtlich ausfüllen wird, fühlte sich schnell wohl in dieser offenen Stadt. „Berlin ist für viele Menschen ein Zuhause, auf das sie stolz sind. Berlin muss aber auch mit vielen Rissen und Problemen umgehen. So müssen z.B. zu viele Menschen mit sehr wenig Geld auskommen. Seit über 10 Jahren machen wir Sozialdemokraten Politik für Berlin und wir haben viel bewirkt. Als Berliner SPD-Lan-

desverband wollen wir ein klares soziales Profil zeigen und immer wieder da nachhaken, wo es nicht so gut funktioniert mit dem guten Berlin-Gefühl. Gemeinsam mit Senat und Fraktion werden der neu gewählte Landesvorstand und ich uns konstruktiv und an der Sache orientiert für eine noch lebenswertere Stadt einsetzen.“

Im neuen Landesvorstand sitzen von nun an mehr Frauen, mehr SozialdemokratenInnen mit einem Migrationshintergrund und auch die unterschiedlichen Positionen von links bis zur Mitte werden künftig stärker eingebunden. „Die Berlinerinnen und Berliner sollen sich angesprochen fühlen von unserer sozialdemokratischen Politik. Wir wollen mit den Menschen in dieser Stadt ins Gespräch kommen, hören wo der Schuh drückt. Politik soll für die Menschen da sein. Dafür stehen wir als Berliner SPD.“ J. S.

„Mieze Schindler“ zum Selberpflücken

Domäne Dahlem: Alte Obstsorten und neue Zukunftspläne

Jetzt kommt die richtige Zeit für „Mieze Schindler“, eine hundert Jahre alte Erdbeersorte. Kenner schwören auf den einzigartigen Geschmack. Nur: Im Handel findet man sie nicht. Denn sie will schnell gegessen werden. Wo man sie findet? Die U 3 bis Dahlem-Dorf nehmen, rüber in die Domäne Dahlem, im Hofladen fragen, kaufen oder pflücken.

Die Domäne Dahlem: Innerstädtisches Ausflugsziel für Familien und Schulklassen, Ort von attraktiven Events vom Töpfer- bis zum Weihnachtsmarkt und ein ökologischer Vorzeigebetrieb. Jetzt wird das idyllische Ensemble im Südwesten Berlins für die Zukunft fit gemacht.

Das alte Gutshaus, in Teilen eines der ältesten Gebäude Berlins, wurde renoviert, es finden tolle Ausstellungen im Museum statt, unter dem Dach des Pferdestalls entstand ein großer Mehrzwecksaal, die



Domäne Dahlem: Sternekoch Michael Hoffmann „Margaux“ engagiert sich bei einer Kinder-Kochaktion. Foto: Stefan Abtmeier

Werkstätten erhielten neue Fundamente. Hinten auf den Äckern wachsen heute vom Aussterben bedrohte Obst- und Gemüsesorten. Und dazwischen alte Nutztierassen, die nicht nur ein Streichelzoo sind.

Der nächste, konsequente Schritt heißt: vom Acker auf den Teller. Die Idee: Die beliebte Remise auf dem Hof wird zum Landgasthof, und zwar

unter Glas, damit Familien wie Schulklassen dort bei jedem Wetter etwas trinken oder auch essen können. Und: Den Köchen beim Zubereiten zuschauen. Dazu kommt im Pferdestall das „Culinarium“, eine Erweiterung des Museums um das Thema Ernährungskultur.

Zur behutsamen Modernisierung gehört auch ein neues Eingangsgebäude mit Shop direkt gegenüber dem U-Bahn-

Ausgang. Und das alte Holperpflaster soll einen Streifen für Rollstuhlfahrer erhalten.

Geld gibt es unter anderem von der EU. Seltsam indes mutet der Protest gegen die Pläne an, der vor allem aus Kreisen der CDU geschürt wurde. Motto: Nur nichts verändern! Kann es sein, dass Interessen der örtlichen Gastronomie dahinter stehen? Lernen muss auch mancher Domänen-Freund, dass es nicht ohne ein Quantum wirtschaftlichen Denkens geht.

Eine Herzensangelegenheit ist die Zukunft der Domäne besonders für Kultur-Staatssekretär André Schmitz (SPD) als Kuratoriumsvorsitzendem. Und die Anerkennung für das Domänen-Team bleibt nicht aus: Bundesbildungsministerin Annette Schavan hat die museumspädagogische Arbeit soeben mit dem Preis „Ideen für die Bildungsrepublik“ ausgezeichnet. U.R.

Sichere Versorgung zu bezahlbaren Preisen

SPD-Fraktion prüft, wie die S-Bahn wieder fahrtüchtig wird und die Stromnetze übernommen werden können

Wie kann der Einfluss des Landes Berlin auf die öffentlichen Daseinsvorsorge gestärkt werden - also u.a. auf die Wasser- und Stromversorgung und den Nahverkehr? Darüber beraten derzeit die SPD-Abgeordneten. Im Januar haben sie bereits eine Arbeitsgruppe dafür eingesetzt.

Heiß diskutiert wird die Zukunft der S-Bahn. Die SPD-Fraktion hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, um noch ausstehende rechtliche Fragen zu klären. „Uns ist wichtig, dass wir die Mitwirkung des Parla-

ments absichern“, begründet der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh den Auftrag. Geprüft wird auch, ob eine Gesamtausschreibung der S-Bahn möglich ist - denn die Sorgen vor einer Zerschlagung der S-Bahn und den Folgen einer Teilausschreibung sind in der Fraktion groß.

Deshalb hat die Fraktionsarbeitsgruppe in enger Zusammenarbeit mit dem Senat mögliche Wege zu einem Betrieb nach dem Auslaufen des aktuellen Verkehrsvertrags im Jahr 2017 besprochen. Eine



Der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh. Foto: SPD

Entscheidung wird nach Vorliegen des Gutachtens erwartet.

Diskutiert wird auch eine (Teil-)Rekommunalisierung der Stromnetze. Derzeit werden sie von Vattenfall betrieben. Die entsprechende Konzession läuft Ende 2014 aus und wird neu ausgeschrieben.

Der Senat hat dabei abgesichert, dass eine Übernahme der Konzession durch das Land selbst möglich ist. Hierzu nimmt eine landeseigene Gesellschaft „Berlin Energie“ am Ausschreibungsverfahren teil. Die SPD-Fraktion erörtert

nun, ob eine Rekommunalisierung für das Land mindestens kostenneutral machbar ist. Politisch könnte Berlin durch mehr Einfluss bei den Stromnetzen auf Themen wie Klimaschutz und Energieeffizienz, aber auch auf wichtige Investitions- und Standortentscheidungen Einfluss nehmen.

Parallel zu den Beratungen der SPD-Fraktion hat Finanzsenator Ulrich Nußbaum mit RWE über einen Rückkauf von 24,9 Prozent der Berliner Wasserbetriebe verhandelt. Der Kaufpreis soll bei 618 Mio. Eu-

ro liegen, hinzu kämen weitere Zahlungen für entgehende Gewinne aus 2012 und Steuererstattungen. Vereinbart wurde mit RWE auch, dass ein solcher Kaufvertrag offengelegt würde. Zur Finanzierung heißt es, dass selbst bei sinkenden Wasserpreisen die Renditen mindestens der Zinslast für den Kauf entsprächen. Das möchte die SPD-Fraktion nun prüfen: „Wir werden genau schauen, ob diese Maßnahme strategisch, politisch und wirtschaftlich sinnvoll ist“, sagt Raed Saleh. F.F.

Sommer in der Stadt: Da ist was los!

Von Madonna bis Tschaikowsky, von Mode bis Beachvolleyball: Ein pralles Programm erwartet die Berlinerinnen und Berliner und ihre Gäste auch dieses Jahr

Dass die Schulferien in diesem Jahr besonders früh beginnen, hat einen Vorteil: Der Sommer ist „gefühlter“ länger. Denn wenn die Schule wieder beginnt, ist noch lange nicht Schluss mit attraktiven Events. Ob Popmusik oder Klassik, ob kleine und große Messen, ob Marathon oder Grand Slam: Kaum ein Tag, kaum ein Wochenende, an dem nicht richtig etwas los ist.

Wer mit der Urlaubsreise noch ein wenig wartet, kann am 30. Juni Madonna live in der 02-World erleben. Das erste Konzert am 28. Juni ist schon ausverkauft. Und dazwischen: Wetten, dass Madonnas Visite in Berlin das große Thema sein wird? Aber auch am 24. Juni, wenn Andris Nelson in der Waldbühne das Sommerkonzert der Berliner Philharmoniker dirigiert, wird alles rappellvoll sein, denn das Konzert ist „Kult“. Dieses Jahr steht Tschaikowsky auf dem Programm. Vom 5. bis 10. Juli gibt es dann wieder „Classic Open Air“ auf dem Gendarmenmarkt. Berlins beste Solisten geben sich ein Stelldichein. Im Haus der Kulturen der Welt

ist ab 20. Juli „Wassermusik Süd-Süd“ angesagt, im Konzerthaus gibt es (ab 27. Juli) wieder die Young Euro Classics. Es schließt sich das Internationale Tanzfest an.

In die Waldbühne zieht es aber auch die Sportfans. Vom 10. bis 15. Juli heißt es dort „Grand Slam Beachvolleyball“. Und wem das noch nicht „exotisch“ genug ist: Vom 22. bis 24. Juni werden im Tempodrom die deutschen Dart-Meisterschaften ausgetragen. Am 2. September heißt es dann wieder wie in guten alten Zeiten: ISTAF im Olympiastadion. Und am 30. September startet der Berlin Marathon.

Die eine große Ausstellung gibt es in diesem Sommer nicht. Dafür wirft das 775-jährige Jubiläum der Stadt Berlin mit einer Reihe von Veranstaltungen seine Schatten voraus. Das beginnt mit einem Rückblick auf die Jubiläumsfeiern 1937 und 1987 (ab 25. August in der Marienkirche). Und an acht verschiedenen Orten kann man Berlin im Mittelalter nachempfinden.

Viele werden schon wieder auf die Lange Nacht der Museen warten (31. August) oder



In Berlins Mitte liegen Kultur und Strandcafé dicht beieinander. Und wer sich für keine der zahlreichen Sommer-Veranstaltungen entscheiden kann, fährt einfach mit dem Dampfer die Spree entlang. Foto: Horb

die Pyronale auf dem Maifeld (7./8. September) und das anschließende Festival of Lights.

Auch auf dem Messegelände tut sich etwas. Ob allerdings die Coil Winding Exhibition

vom 26. bis 28. Juni etwas für jedermann ist? Wohl kaum. Um was es geht? Um die weltweit größte Messe für Spulentechnik-, Isolierungs- und Elektrohersteller. Da ist die

Fashion Week, die vom 4. bis 7. Juli auch wieder unter das Volk geht, schon etwas anderes. Und erst einmal die IFA mit schicken neuen Fernsehern und viel Multimedia (31. August

bis 5. September). Übrigens findet die Luftfahrtschau ILA trotz der Verschiebung der Flughafen-Eröffnung auf dem Schönefelder Gelände statt (11. bis 16. September). U.R.

Wo Geiz nicht geil ist

Menschen, die die Stadt bewegen: Till Behnke, Gründer von betterplace.org

Till Behnke (33) bewegt Menschen. Zum Beispiel zum Geldausgeben. 2007 hat er dafür mit einigen Freunden eigens einen Marktplatz im Internet gegründet. betterplace heißt er und der Name ist Programm: Die Welt soll durch ihn ein wenig besser werden. Mit überschaubaren Projekten.

Till Behnkes Marktplatz sammelt Spenden ein. Ob Care-Pakete gegen den Hunger im Tschad, eine Brunnenreparatur in Uganda, Hilfe für Straßenkinder in Brasilien oder eine bessere Ausstattung eines Schulungsraums der AIDS-Hilfe Hagen – gibt inzwischen viele Initiativen, die betterplace nutzen, um ihre Ideen vorzustellen. Spenden bekommen sie für konkrete Vorhaben, deren Kosten auf der Internetseite genau beziffert werden. So lässt sich jederzeit ablesen, wie viel Geld gerade noch fehlt. Er wollte etwas Sinnvolles tun, sagt Till Behnke. Der Wirtschaftsinformatiker hatte bei einem Internet-Start-up und später als Projektmanager bei DaimlerChrysler Financial Services gearbeitet. Die Eindrücke eines Afrika-Aufenthalts aber ließen ihn



Till Behnke, Mitbegründer von betterplace, in seiner Kreuzberger Firma. Foto: Horb

nicht mehr los. Marktplätze gab es schon etliche im Internet. Warum nicht auch einen für Entwicklungshilfe, für die Unterstützung sinnvoller Projekte?

Inzwischen ist betterplace zu einer wichtigen Plattform für Vereine und Initiativen und für Spender geworden. Es gibt Informationen über den Verlauf der Projekte und Bewertungen durch die Spender. Damit die Gelder ohne Abzüge den Projekten zugute kommen, finanziert sich das Team von betterplace über die Einnahmen einer Tochterfirma, die Firmen beim gesellschaftlichen Engagement berät, zum Beispiel Spendenaktionen unter Firmenmitarbeitern

organisiert. Zudem gibt es engagierte Unterstützer und Gesellschafter wie den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden von Gruner + Jahr Dr. Bernd Kundrun.

Drei Millionen Euro wurden im vergangenen Jahr über die Spendenplattform betterplace.org verteilt. „Ich wünsche mir, dass die Menschen das Internet nicht nur nutzen, um Schnäppchen zu schlagen oder Musik herunterzuladen, sondern auch um ihr neues Lieblingshilfsprojekt zu finden“, sagt Till Behnke. Übrigens gibt es inzwischen auch Hunderte Projekte in Berlin, auch die können über die Plattform transparent unterstützt werden. U.H.

Die unbekannte Nachbarschaft

BUCHTIPPS

„Gehwegschäden“ und „Senatsreserve“ – Zwei Berlin-Romane so bunt und abenteuerlich wie die Stadt

Bergwerksstollen in Berlin? Oder Schachboxer? Zwei jüngst in Frankfurt erschienene Berlin-Romane machen Skurriles zum Alltäglichen. Die beiden in Berlin lebenden Autoren, Thilo Bock (Jahrgang 1973) und Helmut Kuhn (Jahrgang 1962), erzählen ihre Geschichten wie ein Puzzle, dessen Einzelteile immer wieder zusammengefügt werden.

zu einem Anzeigenblättchen für das Märkische Viertel. An der Seite des Lokalreporters Martin Horn hetzt er zunächst den üblichen Termin nach ..., bis beide den großen Scoop wittern. Was hat die Stadt bewegt, die U 8 nach Wittenau statt ins Märkische Viertel zu führen? Die Recherchen führen zu einem mysteriösen Bergwerksstollen mit Senatsreserven

In „Gehwegschäden“ führt Helmut Kuhn seinen Protagonisten Thomas Frantz, einen am Existenzminimum lebenden Journalisten, durch einen Mikrokosmos zwischen Prenzlauer Berg und Neukölln. Frantz versteht es, mit Boxhandschuhen ebenso wie am Schachbrett zu agieren. Er begegnet Hartzern, Immobilienmanagern, Gerichtsvollziehern, Laptop-Kreativen, Pferdewettern und Sozialarbeitern.



Beide Berlin-Romane, verschieden im Sujet und ähnlich in der eher lakonischen Erzählform, führen ihre Leser in die unterschiedlichsten Milieus und Nachbarschaften. Sie sind lesenswert, zeigen sie doch eine Stadt, die uns nahe ist und mit ihren Facetten doch so fern. G.L.

■ **Thilo Bock: Senatsreserve**, September 2011, 320 Seiten, 19,90 Euro.

■ **Helmut Kuhn: Gehwegschäden**, März 2012, 445 Seiten, 22,90 Euro.

Beide erschienen: Frankfurter Verlagsanstalt

„Senatsreserve“ führt in das Berlin kurz vor dem Mauerfall. Thilo Bock schickt seinen Erzähler, den 20-jährigen Karsten Grube, als Praktikanten

sowie ins Rotlichtmilieu. Bei den Recherchen verstricken sich die beiden slapstickhaft in kriminelle und amouröse Abenteuer.

Gesünder essen muss nicht teurer sein

Zwischen Markt und Supermarkt: Wie und wo man richtig einkauft - Viele Qualitätsprodukte kommen aus dem Umland



Backen als Handwerk: Es geht auch ohne Backchemie – wie hier beim Märkischen Landbrot.

Foto: PR

Berichte über Gammelfleisch, Pflanzengift im Gemüse und zunehmende Lebensmittelallergien bleiben nicht ohne Wirkung: Die Verbraucher kaufen immer bewusster ein. Das gilt für junge Mütter, die sich um die Gesundheit ihrer

Kinder sorgen, ebenso wie für Ältere, die nicht vom falschen Essen krank werden sollen. In einer Millionen-Metropole wie Berlin, umgeben von viel Landwirtschaft, ist es nicht schwer, die richtige Bezugsquelle zu finden.

Hier einige Tipps:

Obst und Gemüse: Das große Problem sind die Spritzmittel, die in manchen Herkunftsländern besonders intensiv genutzt werden. Die gesunde Alternative: Obst und Gemüse aus dem Umland. Wenn es „bio“ ist, umso besser – und kaum teurer. Man findet es eher nicht beim Discounter, wohl aber in gut sortierten Supermärkten mit Regional-Ecke, in Bio-Supermärkten und auf Wochenmärkten. Besonders empfehlenswert: die Marktstände vom „Hofgut Apfeltraum“ oder vom Hof „Teltower Rübchen“.

Milch: Wer hat die tiefsten Milchpreise? Ein Wettlauf, der zu Lasten der Qualität geht.

Und wenn groß „Brandenburg“ auf der Tüte steht, heißt das nicht, dass die Milch aus der Region kommt. Es lohnt sich, ein paar Cent mehr auszugeben für Bio-Milch, die man auch im Supermarkt findet. Denn die Kühe werden nicht mit Silage und Mais im Stall ernährt, sondern auf der Wiese oder mit dem eigenen Heu. Die Milch schmeckt besser und hat auch etwas mehr Fett (3,8 Prozent). Aber das ist kein Gesundheitsrisiko. Das sehen Experten eher bei fettarmer Milch.

Fleisch und Wurst: Der nächste Fleischskandal kommt bestimmt. Dabei kann man ihm ganz einfach entgehen: Nicht blind ins Regal mit den abgepackten Steaks oder Hähnchenbrüsten greifen, sondern mal wieder zum Metzger gehen – das ist garantiert ein Einkaufserlebnis. Ihn darf man fragen, woher sein Fleisch kommt. Auf Nummer sicher geht man mit dem „Neuland“-Siegel, denn dann kommt das Fleisch von Tieren, die artgerecht gehalten

und mit dem eigenen Futter gemästet werden. Und zwar nicht in „Turbo-Mast“. Ein solches Schnitzel schrumpft nicht gleich in der Pfanne zusammen.

Brot: Wer einen Backshop für eine Bäckerei hält, liegt voll daneben. Tiefgekühlte Brötchen aus Osteuropa, in den Ofen geschoben – ein Trauerspiel. Und die meisten Bäckerei-Ketten arbeiten mit viel Backchemie, aber nicht alle Zutaten sind verträglich. Da lohnt es sich, jenes Bäckerei-Handwerk zu unterstützen, das auf all das verzichtet. Zum Beispiel: BioBackhaus, Soluna, Beumer & Luthum, Märkisches Landbrot, Weichardt, Hopfpfisterie, Fahland. Irgendwo in der Nähe findet man sie bestimmt.

Wenn im Sommer das brandenburgische Umland lockt, sollte man auch mal einen Hofladen besuchen. Auf der Internetseite www.foel.de kann man den Bio-Einkaufsführer mit allen Adressen herunterladen oder bestellen. U.R.

Berliner Preisrätsel

Zu gewinnen: 10 Exemplare des Buches „Stolz auf Berlin“

WAAGERECHT

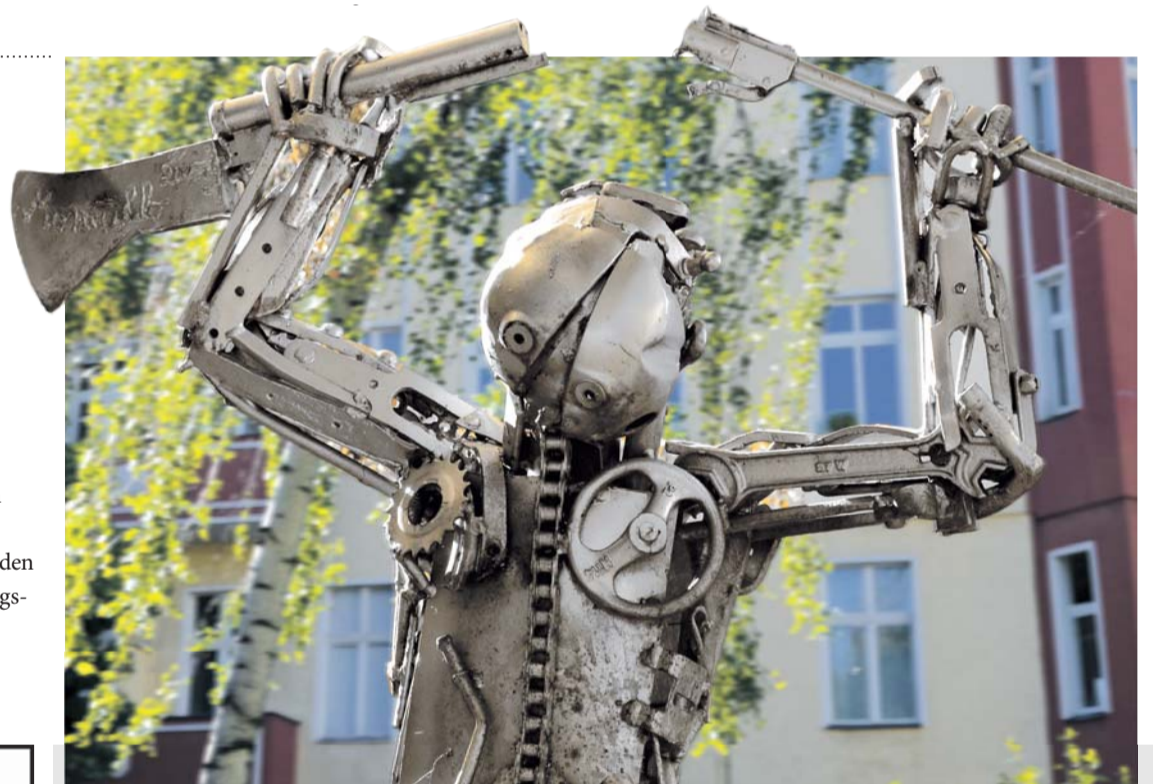
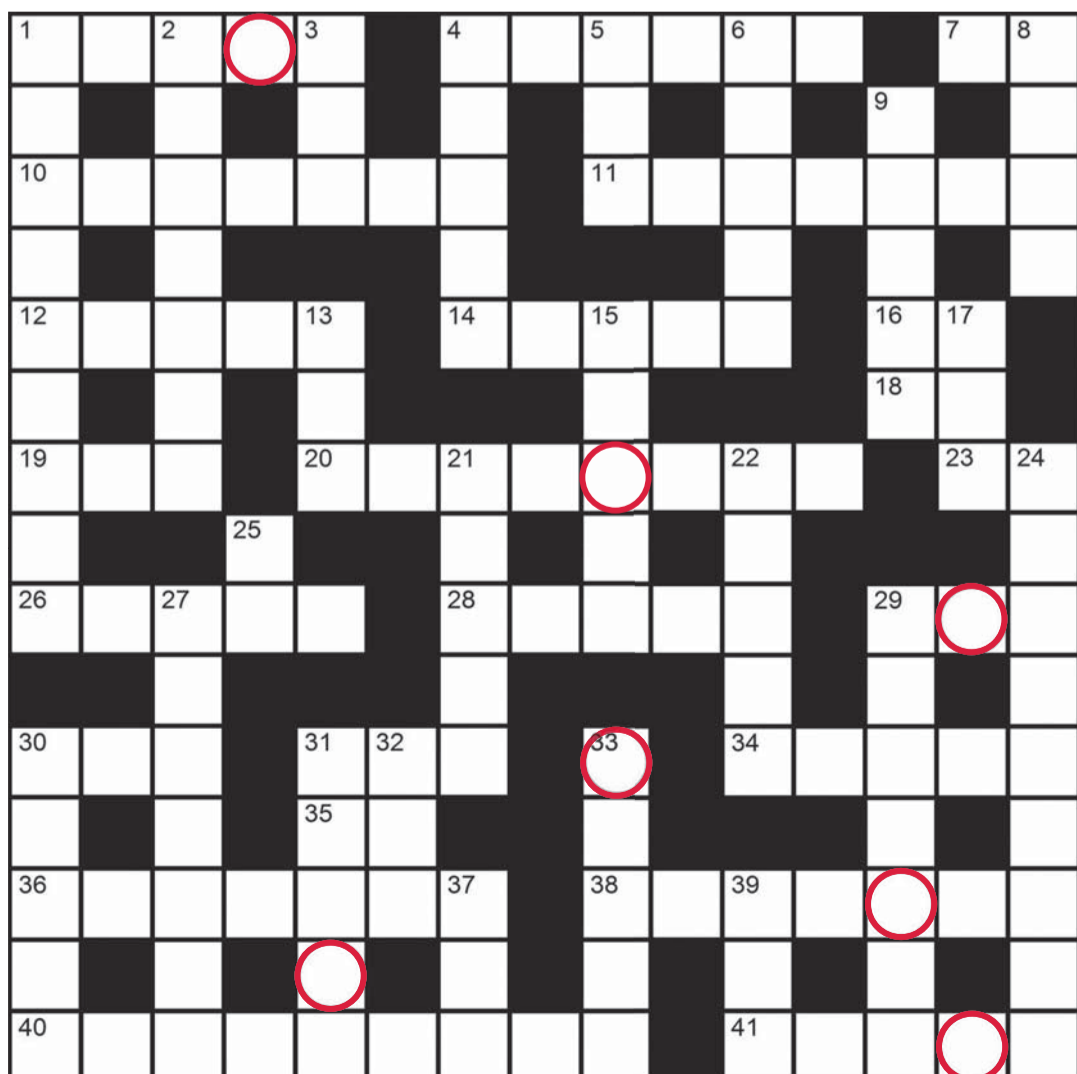
- 1 sie macht sich viel Arbeit mit Integration und Frauen
- 4 Berlin hat zwölf davon
- 7 verbindet Themse und Spree (Abk.)
- 10 verdächtig
- 11 Gleis plus Gleisbett
- 12 Richtlinie
- 14 200 Kilometer vor Berlin
- 16 Abk. f. Zusatzgerät am Telefon
- 18 gibt's nicht nur in Ulm

- 19 jetzt, bzw. englische Nonne
- 20 Berliner Politiker
- 23 die nächste ist in Brasilien 2014
- 26 präzise, genau
- 28 Sehnsuchtsort
- 29 Polsterung für romantisches Nachtlager
- 30 Berliner Parlamentarier (Abk.)
- 31 weibliches Personalpronomen
- 34 Hersteller von Schriftgut
- 35 Vereinte Nationen (Abk.)
- 36 das strittigste Adjektiv Europas

- 38 harziger Wein
- 40 Zweckbündnis
- 41 Flüchtlingszug

SENKRECHT

- 1 sie hindert geronnene Milch daran, wegzufließen
- 2 durch eine Auflösung entstanden
- 3 ostfriesisches Grundnahrungsmittel
- 4 Textilfärbung mit Wachs
- 5 militärisch gezählt



Bilderrätsel

Wissen Sie es? Auf welcher Berliner Promenade steht diese Skulptur und mahnt zum Frieden?

Krieg dem Kriege: Auf welcher Berliner Promenade unweit eines kleinen Museums zu diesem Thema steht diese Skulptur und mahnt zum Frieden?

Das Berliner Stadtblatt verlost unter den richtigen Ein-

sendungen zum Bilderrätsel zweimal zwei Eintrittskarten für das Prime Time Theater. Das Wedding Theater in der Müllerstrasse 163 (Eingang Burgsdorfstr.) hat mit seiner Theatersoap „Gutes Wedding, schlechtes Wedding“ eine feste

Fan-Gemeinde erobert, die den Humor des Ensembles und die treffenden Charaktere schätzt. Einsendeschluss ist der 31. Juli 2012 (per Post an das Berliner Stadtblatt, Müllerstraße 163, 13353 Berlin oder per Email: raetsel@berliner-stadtblatt.de).

- 6 Reißspur
- 8 Überraschung: Früher fertig als geplant
- 9 weg damit!
- 13 englisch: Gesetz
- 15 Bürger eines geschundenen Volks
- 17 bayerische Marke, in Berlin beliebt
- 21 gefährliches Gerät
- 22 Programm zur intensivierten Rehabilitationsnachorge der Deutschen Rentenversicherung (Abk.)
- 24 sonntags gibt's hier manchmal Karaoke
- 25 Kalaschnikow (Abk.)

- 27 US-Staat („Sweet home“)
- 29 ... dann drücken Sie die 1 ...
- 30 für Johann Sebastian Bach war sie Religion
- 31 gibt's in der Stadt fast so häufig wie Döner
- 32 weibl. Vorname
- 33 Prinz Charles möchte ihn gerne besteigen
- 37 ist spätestens im Juni vorbei
- 39 die aktive Stiefschwester des Geredes

DIE GEWINNE
Zusammengefügt ergeben die rot ein-

gekreisten Buchstaben eine Berliner Institution, die kürzlich wieder als die beste deutsche Einrichtung ihrer Art eingestuft worden ist. Bitte schicken Sie dieses Lösungswort auf einer Postkarte bis zum 31. Juli 2012 per Post an das Berliner Stadtblatt, Müllerstr. 163, 13353 Berlin oder per Email: raetsel@berliner-stadtblatt.de. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 10 Exemplare des Buches „Stolz auf Berlin“ mit Porträts von bekannten Berlinerinnen und Berlinern und ihren Lieblingsorten in der Stadt.

Europa steckt in der Krise. Aber eine einseitig auf Ausgabenkürzungen setzende Politik hat fatale Folgen – ökonomisch wie sozial. Die Menschen in Europa brauchen neue Perspektiven.

Europas verlorene Generation

Wie Europas Jugendliche gegen die Arbeitslosigkeit kämpfen

VON ATHANASIOS VASSILIOU

Athen – Anna Papachristou steht in der ersten Reihe. Die Sonne brennt. Der Schweiß fließt über ihre Wangen. Ihre Augen strahlen Entschlossenheit aus. Ihr Körper ist angespannt. Anna ist Teil einer Menschenkette, die in Athen vor dem griechischen Parlament demonstriert. Gemeinsam tragen alle ein Transparent mit der Aufschrift „Wir werden nicht weichen“. Anna kämpft für Ihre Zukunft.



DIE »EMPÖRTE« | Spaniens Jugend demonstriert auf der Puerta del Sol in Madrid

FOTO: REUTERS

Sie hat in Ihrem jungen Leben vieles richtig gemacht. Ihr Abitur mit Auszeichnung abgeschlossen. Das Psychologiestudium in der Regelzeit mit gutem Erfolg absolviert. Während der Studienzeit zwei Praktika durchlaufen. Das Studium durch eine Fortbildung als Familientherapeutin ergänzt und seit zwei Jahren Ihren Masterabschluss in der Tasche. Trotzdem ist Anna seit zwei Jahren arbeitslos.

„Seit zwei Jahren versuche ich eine Arbeitsstelle zu finden“, klagt Sie laut und wirkt dabei wütend. „Ich bin jung, gebildet, flexibel und dieses Land bietet mir keine Chancen“, erzählt Sie und gestikuliert wild mit den Händen. Sie wirkt frustriert. Tränen füllen Ihre Augen. „Es gibt keine Perspektive und das macht mir Angst“, sagt sie und tupft mit einem Taschentuch die Tränen ab.

Die OECD schlägt Alarm

Anna hat sich den »Empörten« angeschlossen. Eine Bürgerinitiative, die sich nach spanischem Vorbild organisiert hat und nun seit mehreren Monaten immer wieder vor dem griechischen Parlament demonstriert. „In unserem Land ist die Lage dramatisch. Junge Menschen leiden unter dieser Situation. Langfristig wird diese Entwicklung dem Land schaden“, argumentiert Sie. Die Statistik der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gibt der jungen Hellenin Recht. Laut OECD liegt die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland bei den 15- bis 24-Jährigen aktuell bei über 50 Prozent.

Madrid – Die Puerta del Sol, einer der bekanntesten und meistbesuchten Plätze der spanischen Hauptstadt quillt über von Menschen. Die »Empörten« haben sich wieder versammelt.

Sie demonstrieren, halten Reden, bilden Arbeitsgruppen, diskutieren, debattieren und fordern soziale Gerechtigkeit, bessere Bildung und Arbeitsplätze.

Demonstration im Netz

Sie sind gut organisiert und nutzen das Internet für ihre Zwecke. In eingerichteten Internetseiten und Blogs kann jeder Bürger seine Meinung posten, online Mitdiskutieren und sogar über eine Live-Schaltung die Demonstrationen in den anderen Städten verfolgen. Twitter und facebook werden für die Kommunikation genutzt. Auf YouTube werden Videos der Versammlungen hochgeladen. Die Proteste sind in der Online-Welt präsent.

Unter den »Empörten« sind viele Jugendliche. Laut Eurostat, der europäischen Statistikbehörde, liegt die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien bei den 15- bis 24-Jährigen aktuell bei über 50 Prozent. Nicht selten führt deswegen der Weg von jungen Menschen ins Ausland. Wie viele Spanier bislang ausgewandert sind, lässt sich wegen der Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der EU nicht genau beziffern.

Eine nachhaltige Lösung für das Land sieht jedoch anders aus.

Kritik am Sparkurs

Laut dem aktuellen Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) sind derzeit 3,3 Millionen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren in der Eurozone ohne einen festen Arbeitsplatz.

„Der seit der Wirtschaftskrise eingeschlagene Sparkurs behindert eine rasche Erholung der Arbeitsmärkte für Jugendliche“, heißt es in der Studie. „Wir können die Jugendbeschäftigungskrise noch lösen – jedoch nur, wenn die Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen politische Priorität erhält“, sagte der ILO-Exekutivdirektor für Beschäftigung, José Manuel Salazar-Xirinachs.

Auch der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel kommentierte den Bericht im „Handelsblatt“. „Wir brauchen vor allem ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“. Insgesamt zeige der Bericht, „dass wir mit unserer Forderung, die Konsolidierungspolitik um einen Pakt für Wachstum und Beschäftigung zu ergänzen, richtig liegen“.

Fiskalpakt – ohne Alternative?

Europa braucht eine Kurskorrektur für nachhaltiges Wachstum

VON MECHTHILD RAWERT

Zur Bewältigung der Wirtschaftskrise in Europa fordert die SPD eine Besteuerung und stärkere Regulierung der Finanzmärkte, zusätzliche Investitions- und Wachstumsimpulse und ein aktives Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, endlich die Verursacher der Krise im Finanzsektor an den Kosten zu beteiligen. Wir wollen den Opfern der europaweiten Krise – Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Rentnerinnen und Rentnern, junge Menschen, Arbeitslosen, aber auch den ehrlichen SteuerzahlerInnen – nicht nur neue Lasten aufbürden.

Die SPD will den von 25 europäischen Regierungschefs im März beschlossenen »Europäischen Fiskalpakt« verändern. Wir wollen eine Kurskorrektur für nachhaltiges Wachstum: Haushaltskonsolidierung allein über Ausgabenkürzung ist der falsche Weg. Wir müssen auch Einnahmen von denen generieren, die die Finanzkrise verursacht haben. Eine strenge europäische Schuldenbremse wird Europa

nicht aus seiner schwersten Krise bringen. Gelingt das nicht, steht nicht nur der Euro auf dem Spiel – es drohen der Zerfall der Europäischen Union und ein anwachsender Nationalismus.

Europa in der Krise

Als Folge der Finanzmarktkrise von 2008 waren die europäischen Staaten gezwungen, ihre Banken vor dem Kollaps zu retten – und haften nun auch für faule Kredite im Privatsektor. Dadurch stieg die Staatsverschuldung drastisch an: in Deutschland von 65% auf 82% der Wirtschaftsleistung, in Spanien von 36% auf 68%, in Griechenland von 105% auf 158% oder in Irland von 27% auf 112%. Hohe Staatsschulden schränken nicht nur die staatliche Handlungsfähigkeit ein, sondern machen sie auch zum Spielball der Finanzmärkte. Das zeigt nicht nur das Beispiel Griechenland.

Richtig ist: Die Verschuldung in den europäischen Staaten muss gesenkt werden. Opposition und Regierung streiten aber über den Weg.

Was ist der Fiskalpakt à la Merkel?

Der Fiskalpakt sieht für die Euro-Länder eine verpflichtende Schuldenbremse vor. Sie dürfen ab 2014 nur noch 0,5% Schulden aufnehmen. Überschreiten die Gesamtschulden 60% der Wirtschaftsleistung eines Landes, müssen davon jährlich ein Zwanzigstel abgebaut werden. Ansonsten drohen finanzielle Sanktionen. Die Staaten sind der EU-Kommission und dem Europäischen Rat gegenüber berichtspflichtig. Das hat alles knallharte Auswirkungen für Deutschland, zumal die deutsche Schuldenbremse erst 2016 im Bund und 2020 für Länder

und Kommunen gelten sollte. Nun fürchten Bundesländer, Städte und Gemeinden um ihre finanzielle Handlungsfähigkeit.

EuropäerInnen brauchen Perspektiven

Das Merkelsche Krisenmanagement der schwäbischen Hausfrau führt in die Irre. Wie in Deutschland brauchen die Krisenländer Investitionen für Wachstum, Innovation und Beschäftigung. Nur so kann die dramatische Jugendarbeitslosigkeit bekämpft werden, die in Spanien und Griechenland über 50% beträgt.

Die Verantwortlichen für die Finanzkrise müssen endlich durch Besteuerung ihrer Finanzgeschäfte zur Kasse gebeten werden. Die Macht der Banken ist durch Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken zu beschneiden, eine Europäische Bankenaufsicht und eine Europäische Ratingagentur einzurichten. Mit einem europäischen Schuldentilgungsfonds nach den Vorschlägen des Sachverständigenrates der Bundesregierung sind die hohen Schulden der EU-Staaten über einen Zeitraum von 25 Jahren zu senken.

Die SPD will ein demokratisches und soziales Europa mit starken Mitbestimmungs- und ArbeitnehmerInnenrechten, ein Europa mit handlungsfähigen Staaten. Nur so können diese für ihre Bürgerinnen und Bürger eine umfassende öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten.

Bundesregierung braucht Stimmen der SPD

Die Bundesregierung benötigt für die Umsetzung des Fiskalpakts die Stimmen der SPD. Über rhetorische Bekenntnisse hinaus muss die Bundesregierung im Vorfeld einer Abstimmung sicherstellen, dass Frau Merkel die Regulierung der Finanzmärkte, die Förderung von Wachstum und Beschäftigung ebenso ernst nimmt wie ihre Sparpolitik. Meines Erachtens sind aber auch noch verfassungsrechtliche Fragen sowie die Auswirkungen auf die Bundesländer zu klären.

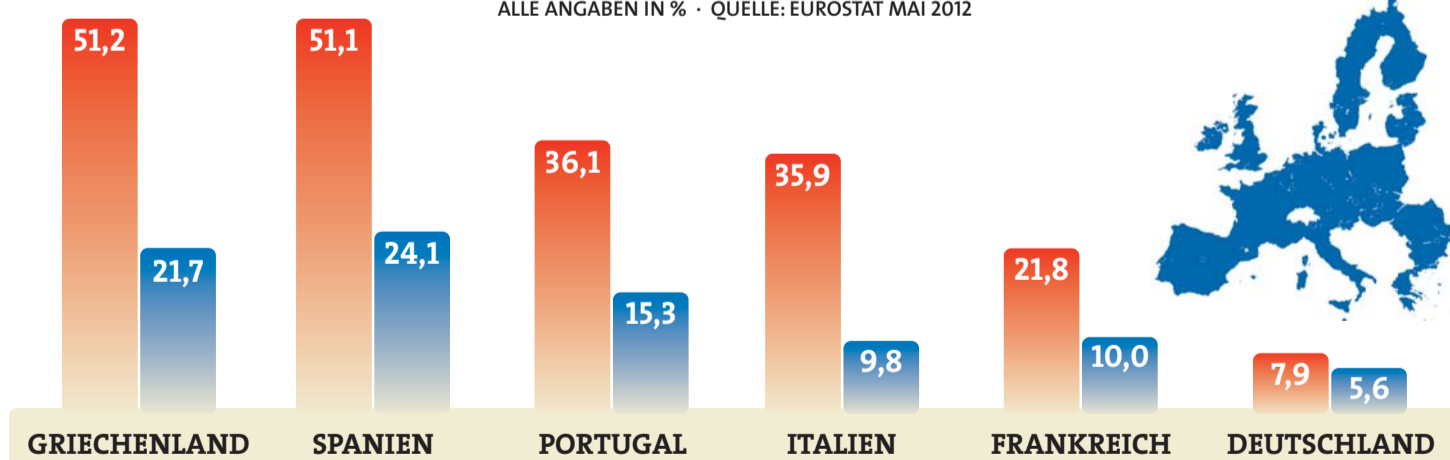


Mechthild Rawert ist SPD-Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg

► www.mechthild-rawert.de

JUGENDARBEITLOSIGKEIT BEI 15- BIS 24-JÄHRIGEN · GESAMT-ARBEITLOSENQUOTEN

ALLE ANGABEN IN % · QUELLE: EUROSTAT MAI 2012



Seit über 24 Jahren lebe ich nun in Deutschland. Sehr oft gab ich freundlich fragenden Menschen Auskunft. „Ja, ich komme aus Griechenland“.

Griechenland – Geburtsland der Demokratie. Heimat der Philosophen, Sokrates, Aristoteles und Platon, die unser Denken und Wissen bis heute beeinflussen. Land der schönen Künste und der Architektur. Der Parthenontempel auf der Akropolis. Hoch auf dem Felsen ragt er als

MAL GANZ PERSÖNLICH

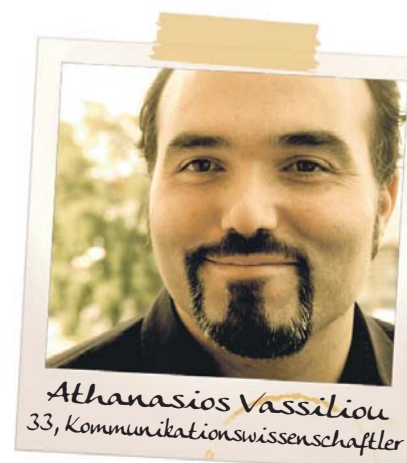
„Meine neue Heimat“

Symbol einer anderen Zeit in den Athener Himmel. Bestaunt und bewundert seit über 2500 Jahren.

Seit zwei Jahren wird mir klar gemacht: Ich kam aus Griechenland! Nun komme ich aus einem anderen Land, das zufälliger-

weise auch Griechenland heißt. Ich komme aus dem Land der faulen Menschen. Dem Land, das auf Kosten der europäischen Steuerzahler lebt. Dem Land, in dem alle mit 58 Jahren Ihren Ruhestand genießen. Dem Land, das seit Jahren seine europä-

schen Partner belogen hat. Dem Land mit dem größten Schuldenberg. Dem Land, das alle deutschen Steuereuros beansprucht. Dem Land, das die gemeinsame Währung auf dem Gewissen hat.



Athanasios Vassiliou 33, Kommunikationswissenschaftler

Es bleibt mir nur noch „Danke, Danke, Danke“ zu sagen. Danke all den Experten, die dienstags beim Griechen den Poseidon-Teller verspeisen. An alle, die noch nie Griechenland besucht haben, aber wissen, wie sich das Leben dort abspielt. An alle, die schon die Preisschilder für griechische Inseln gedruckt haben. An alle, die keine Ahnung haben, aber trotzdem Ihre Meinung äußern. Danke. Jetzt weiß ich es genau: Ich komme aus Griechenland!

MIETERBERATUNG

Ab sofort bietet die SPD Tempelhof-Schöneberg wieder eine kostenlose Beratung für alle Mieterinnen und Mieter an.

An jedem 1. und 3. Freitag im Monat von 17.00 bis 18.00 Uhr stehen Ihnen Experten für Mietrecht zur Verfügung – ob wegen Problemen mit dem Vermieter, mit der Nebenkostenabrechnung oder Mängeln in der Wohnung.

Die Beratung findet im SPD-Kreisbüro in der Feurigstraße 4 in Schöneberg (zwischen Kaiser-Wilhelm-Platz und S-Bhf. Julius-Leber-Brücke) statt, Telefon 030 - 781 22 83.

SPRECHSTUNDEN

Die SPD-Abgeordneten aus Tempelhof-Schöneberg freuen sich auf ein Gespräch:

■ ABGEORDNETENHAUS

Dilek Kolat (MdB, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen) Friedenau

Do., 26.07.2012, 17.00 - 19.00 Uhr
Luise & Karl-Kautsky-Haus,
Saarstraße 14, 12161 Berlin
Bitte anmelden: 030-85 96 72 90
oder spd.dilek@gmail.com
► www.dilek-kolat.com

Frank Zimmermann (MdB) Mariendorf

Mo., 13.08.2012, 17.00 - 18.00 Uhr
im Büro der Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert,
Friedrich-Wilhelm-Straße 86,
12099 Berlin-Tempelhof (nahe U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
► www.frank-zimmermann.net

Lars Oberg (MdB) Schöneberg

Montag, 18.+ 25.06.2012, jeweils
16.00 - 18.00 Uhr im Wahlkreisbüro
in der Hauptstr. 8, 10827 Berlin
(nahe U-Bhf. Kleistpark).
Im Juli keine Sprechstunden!
► www.lars-oberg.de

■ BUNDESTAG

Mechthild Rawert (MdB) Freitag., 24. + 31.08.2012, jeweils
15.00 - 18.00 Uhr im Wahlkreisbüro,
Friedrich-Wilhelm-Str. 86,
12099 Berlin-Tempelhof (nahe U-Bahnhof Kaiserin-Augusta-Str.)
Bitte vorher telefonisch anmelden:
030 - 720 13 884
► www.mechthild-rawert.de

WIRTSCHAFTSTREFF
MARIENFELDE

»Wirtschaft Marienfelde«, kurz WIM – unter diesem Label treffen sich Unternehmer, Gewerbetreibende und Selbstständige, aber auch an der lokalen wirtschaftsinteressierte Bürger und Vertreter der Politik zu Gesprächen und Aktivitäten.

Der nächste »Wirtschaftstammtisch« findet am Dienstag, 28.08.2012 um 19.00 Uhr im »Haus der Ideen«, Alt-Marienfelde 39, statt.

Die Organisatoren wollen bei dieser Gelegenheit u.a. zeigen, wie sie die Internetpräsenz auf wirinmarienfelde.blogspot.de ausgebaut haben.

Björn Lindner von den »NaturRangern« spricht über die Möglichkeiten von Unternehmen und Bürgern, seine Aktivitäten zu unterstützen.

Stadtrat Oliver Schworck und die Marktleiterin, Frau Beck, berichten zum Wochenmarkt im Tirschenreuther Ring.

Informiert wird außerdem über die Auszeichnung »Qualität und guter Service in der Hauptstadtregion«, die schon über 50 Kleinunternehmen, darunter nun schon vier aus Berlin, erhalten bzw. verteidigt haben.

„Sozialen Zusammenhalt stärken“

Menschlichkeit, Miteinander, Vielfalt – dafür steht die »AG Migration« der SPD Tempelhof-Schöneberg

Wenn es um Themen geht, die Menschen mit Migrationshintergrund betreffen, gibt es in Tempelhof-Schöneberg einen Ansprechpartner. „Das sind wir! Die »Arbeitsgemeinschaft Migration« der SPD“ sagt Orkan Özdemir und ergänzt, „Unser Ziel ist es, den sozialen Zusammenhalt in unserem Bezirk zu stärken“.

Der 29-Jährige klingt überzeugend. Seit über zwei Jahren ist er Vorsitzender der »AG Migration und Vielfalt« in Tempelhof-Schöneberg. Die Arbeitsgemeinschaft zählt rund 100 Mitglieder, „wovon 20 sehr aktiv dabei sind“, betont Özdemir.

Jeden zweiten Mittwoch im Monat treffen sich die Mitglieder, um über gesellschaftspolitische Themen zu diskutieren. „Wir wollen Vertrauen schaffen, Dialoge mit Vereinen und Organisationen führen und die Möglichkeit gesellschaftlicher Teilhabe für alle Menschen eröffnen. Dafür engagieren wir uns“, erläutert Özdemir den Auftrag der AG.

Themen und Arbeit
gibt es genug

„Unsere Arbeit ist vielschichtig und jeder kann sich einbringen. Vor allem auf Landesebene stellen wir Anträge, wir organisieren Vorträge und Projekte, Stadtspaziergänge und vieles mehr“, so Orkan Özdemir. Auch



PRÄSENZ ZEIGEN GEHÖRT DAZU | Der Vorstand der »AG Migration« bei einem Infostand auf dem Viktoria-Luise-Platz v.l.n.r.: Orkan Özdemir, Christine Poppelreuther, Petra Rudolph-Korte, nicht auf dem Foto: Roland Hergesell FOTO: KEGEL

grundsätzliche Themen wie zum Beispiel die Anerkennung von ausländischen Berufs- und Hochschulabschlüssen werden in der AG diskutiert. „Unser Antrag zu diesem Thema liegt bereits vor“, so Özdemir – mit einem leichten Schmunzeln.

Die Arbeit der »AG Migration« wird aber auch durch spontane Reaktionen auf tagesaktuelle Ereignisse ergänzt.

Als im Mai letzten Jahres in Kreuzberg ein Nazimarsch stattfand, reagierte die »AG Migration« mit einer Pressemitteilung

und initiierte erfolgreich eine Bürgerversammlung.

„Es geht uns um Themen“

Seit der letzten Parteireform sind die Arbeitsgemeinschaften in der SPD auch offen für Nicht-Mitglieder. „Zu uns kommen

viele Bürger, die nicht in der SPD sind“, erwähnt Özdemir. „Sogar Mitglieder anderer Parteien besuchen unsere Treffen regelmäßig“, erzählt er und ergänzt, „uns in der AG geht es um das Thema und nicht um Personen“.

Kommunikation und
Diskussion über viele Wege

Mitdiskutieren kann man bei der »AG Migration« auch online. Die offene facebook-Gruppe zählt über 240 Mitglieder. Hier bekommen alle Interessierten nicht nur aktuelle Informationen zu relevanten Themen, sondern auch eine Übersicht über die geplanten Veranstaltungen.

Die Kommunikation mit der AG funktioniert aber auch ohne facebook. Über einen Verteiler kommen Termine, Veranstaltungen und Pressemitteilungen ins eigene elektronische Postfach. Dazu einfach eine E-Mail an agmigration@spd-tempelhof-schoeneberg.de schicken.

„Wir sind offen und freuen uns über jeden, der sich in der »AG Migration« der SPD Tempelhof-Schöneberg politisch engagieren will“, unterstreicht Orkan Özdemir – und signalisiert so noch einmal die offene Willkommenskultur der Arbeitsgemeinschaft.

ATHANASIOS VASSILIOU

► [facebook: SPD AG Migration Tempelhof & Schöneberg](https://www.facebook.com/SPD-AG-Migration-Tempelhof-Schoeneberg)
► orkanoezdemir@yahoo.de

Wenn Politik auf Menschen trifft

VOR GESTELLT

Bezirksverordnete stehen seltener im „Rampenlicht“ des öffentlichen Geschehens als Politiker auf Landesebene. Dabei entscheiden sie über vieles, was direkt unseren Kiez oder die bezirklichen Einrichtungen betrifft. Auch in dieser Ausgabe der »TS aktuell« stellen wir Ihnen wieder vier der 16 Mitglieder der SPD-Fraktion in der BVV vor.



Annette Hertlein

... ist 42 Jahre alt, Diplombauingenieurin und arbeitet freiberuflich als Projektmanagerin. Sie ist Mitglied in den Ausschüssen Verwaltung, Kommunikation und Information, Verkehr und Grünflächen sowie Bürgeramt und Ordnungsdienste.

Als Sprecherin für den Bereich Verwaltungsmodernisierung und Informationstechnik ist es ihr Anliegen, das Bezirksamt noch weiter zu öffnen für moderne Kommunikationsformen. „Über das Bezirksportal bieten sich viele Möglichkeiten, den Bürgerservice weiter auszubauen und einfacher zugänglich

zu machen. Besonders für Berufstätige kann es einfacher werden, die Dienstleistungen des Bezirksamts in Anspruch zu nehmen. Damit auch alle daran teilhaben können, setze ich mich dafür ein, dass wir im Bezirk ein freies WLAN bekommen.“

Sie ist auch Sprecherin für den Bereich Verkehr und Grünflächen. Hierauf angesprochen sagt sie: „Besonders im nördlichen Teil unseres Bezirks brauchen wir mehr grüne, entsiegelte Flächen, um das Stadtklima zu verbessern. Der Verkehr muss aus dem Innenstadtbereich schnell weggeleitet werden, damit sich die Feinstaubbelastung verringert. Das bedeutet aber nicht, dass wir das Konzept »Auto-gerechte Stadt« weiterentwickeln. Ganz im Gegenteil: Ich setze mich für einen Rückbau der Autostraßen und eine Ausweitung der Gehwege und Berücksichtigung des Fahrradverkehrs ein.“



Ingrid Kühnemann

... ist 67 Jahre alt und Rentnerin (Friseurin).

Sie ist Mitglied des Präsidiums der BVV und Mitglied in den Fachausschüssen für Eingaben und Beschwerden, Gesundheit sowie Kultur und Bildung. „Wenn sich keiner engagiert, stirbt die Demokratie!“ Unter

diesem Motto, das für mich seit Willy Brandt gilt, mische ich mich ein und kümmere mich im Gesundheitsausschuss und im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden (Petitionsausschuss der BVV) um die Probleme, die Bürgerinnen und Bürgern in unserem Bezirk. Mir liegt diese Arbeit ganz besonders, da ich den direkten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern mag und oft direkt, gemeinsam mit den Stadträten, etwas bewirken kann.

Neben meiner parlamentarischen Arbeit in den Ausschüssen bin ich Mitglied des Widerspruchsbearbeiters für Sozialangelegenheiten und Mitglied der Lenkungsgruppe Demographischer Wandel. Die Arbeit in der Lenkungsgruppe ist mir besonders wichtig, da es in einer immer älter werdenden Gesellschaft viele Aufgaben gibt, die es gilt zu bewältigen. Hier gilt es auch älteren Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen und hierfür die Voraussetzungen zu schaffen.

Ich verstehe mich als »Kiez-kümmern«. Ich gehe gerne auf Menschen zu und höre, was sie bewegt.“



Daniel Behrendt

... ist 37 Jahre alt und Beamter in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport.

Er ist Mitglied in den Ausschüssen Sport, Frauen und Queer, Bürgeramt und Ordnungsdienste sowie im Schulausschuss.

„Als Sprecher für Schulpolitik ist für mich vor allem eine Stärkung der derzeit weniger gefragten Schulen von größter Bedeutung. Der Satz »Fördern und Fordern« gilt nicht nur für unsere Kinder, sondern muss auch auf die Schulen und Lehrkräfte in unserem Bezirk Anwendung finden. Die Teltow-Grundschule in Schöneberg ist das Paradebeispiel, wie man mit vereinten Kräften des Lehrerkollegiums, der Eltern, SchülerInnen und Politik eine quasi totgesagte Schule wieder zum Leben erwecken kann. Wenn wir dieses Beispiel auch auf andere Schulen im Bezirk übertragen, brauchen wir uns um eine hochqualitative Schulplatzversorgung für die Kinder unseres Bezirks keine Sorgen machen.“

Ich bin zuversichtlich, dass sich der neue Zeitgeist einiger hoch nachgefragter Schulen unaufhaltsam ausbreiten lässt und erhoffe mir für all die Kinder in Tempelhof-Schöneberg eine Umgebung, in der das Lernen zum ganz normalen und inspirierenden Teil des Lebens wird. Ich werde gemeinsam mit meinen Kollegen aus der Fraktion meinen Teil dazu beitragen.“



Hermann Zeller

... ist 47 Jahre alt und war viele Jahre Disponent in der Kautschukindustrie und anschließend selbstständiger Informatiker.

Als langjähriger Vorsitzender der »Schwusos TS« liegt ihm die bezirkliche Queerpolitik besonders am Herzen.

„Ich freue mich sehr, dass es in Tempelhof-Schöneberg auf Initiative der SPD nun einen Ausschuss »Frauen und Queer« gibt. Im Bezirk mit der höchsten Dichte lesbisch-schwuler NGOs ist es wichtig, auch auf kommunaler Ebene Queerpolitik als Querschnittsaufgabe im Blick zu behalten.“

Als sozial- und queerpolitischer Sprecher der Fraktion sowie als Mitglied des Quartiersrates setzt sich Hermann Zeller für einen toleranteren und respektvollen Miteinander im Bezirk ein.

Die SPD-Fraktion in der BVV

... erreichen Sie über das Fraktionsbüro im Rathaus Schöneberg, Raum 2050, John-F.-Kennedy-Platz, 10820 Berlin

Telefon: (030) 90277 64 86

E-Mail: post@spd-fraktion-tempelhof-schoeneberg.de

Aktuelle Informationen zur Arbeit der Fraktion finden Sie im Internet unter www.spd-fraktion-tempelhof-schoeneberg.de und auf [facebook.com/spdfraktion.tempelhof.schoeneberg](https://www.facebook.com/spdfraktion.tempelhof.schoeneberg).

»Freiheit« entwickeln, aber wie?

Ideen und Erfahrungen der »Pioniere« auf dem Tempelhofer Feld sollen in Entwicklungspläne einfließen

Jede Menge los auf der Tempelhofer Feld. Schon seit Frühlingsbeginn kommen viele tausend Berlinerinnen und Berliner wieder zum Spazieren, Sport treiben, Grillen und zur Erholung in den Park.

Mit einem großen Parkfest konnte zum 2. Mal diese »Freiheit« mit Sport, Spiel und viel Musik gefeiert werden. Die Pioniere, die bereits seit 2011 auf dem Gelände aktiv waren, präsentierten sich vor Ort und berichteten über Ihre Erfahrungen aus dem ersten Jahr. Die neuen Pioniernutzer, die gerade mit Ihren Projekten beginnen, stellten sich, Ihr Angebot und Ihre Ziele vor. Seit Anfang Juni ist nun auch das »Hebbeltheater am Ufer« (HAU) mit einem kulturellen Ausstellungsparcours mit 15 Pavillons der »Großen Weltausstellung« auf dem Gelände aktiv. Es gibt also schon jetzt viel zu erleben.

Pläne für die IGA 2017

Bereits am 15. April wurde ein Info-Pavillon zum aktuellen Stand der Planungen zur Parklandschaft Tempelhof und zur Internationale Gartenausstellung (IGA Berlin 2017) auf dem Gelände eröffnet. Die IGA soll 2017 acht Monate lang auf einem Teil des Geländes integrative Modelle einer zukunftsweisenden Stadt- und Freiraumplanung präsentieren und zum



2017 soll eine Internationale Gartenausstellung auf dem Tempelhofer Feld zukunftsweisende Stadt- und Freiraumplanung präsentieren.

Die Diskussion darüber ist im Gange.



IDEEN UND DISKUSSIONEN | Christian Gäbler (vorne links) – Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt und Aufsichtsratsvorsitzender der IGA Berlin 2017 GmbH – in der Diskussion mit BürgerInnen bei der Eröffnung des Informations-Pavillons. OBEN: ENTWÜRFE FÜR DIE IGA 2017 / ABBILDUNGEN: GROSS,MAX. - FOTO UNTEN: DANIELA AUGENSTEIN

Mitmachen anregen. Michael Müller, Senator für Stadtentwicklung (SPD), betont, dass schon jetzt viele BürgerInnen das Gelände als Zwischen- und

Pioniernutzer nutzen und ihre Ideen und Visionen in den gesamten Entwicklungsprozess einbringen. »Hier kann die IGA auf eine Gemeinschaft enga-

gierter Bürgerinnen und Bürger zurückgreifen und zu einer IGA mit lokalem Bezug und internationaler Bedeutung werden«, so Müller.

Aber nicht alle freuen sich über die Pläne, eine IGA zu veranstalten. Die im September 2011 gegründete Initiative »100% Tempelhofer Feld« will das Gelände ohne Landschaftsplanung und IGA erhalten, denn sie erwarten Kostenlawinen der Senatspläne und eine Verdrängung der bisherigen NutzerInnen des Parks.

Die Initiative will, dass das Gelände 100% öffentlich zugänglich bleibt und Menschen in Selbstinitiative, mit eigenen Mitteln und nichtkommerziell entwickeln können.

Was meinen Sie? Machen Sie sich selbst ein Bild, besuchen Sie die den Info-Pavillon zur Planung der Parklandschaft und schreiben Sie uns Ihre Meinung, per Post (die Adresse finden Sie auf der Titelseite) oder per Mail: redaktion@tsaktuell.de.

INGO SIEBERT

► www.iga-berlin-2017.de

Der Info-Pavillon im Park des Tempelhofer Feldes ist bis Oktober dieses Jahres täglich geöffnet. Er befindet sich im nördlichen Teil der entstehenden Parklandschaft Tempelhof, zwischen den Bolzplätzen und dem Biergarten, gegenüber dem Grillbereich am Columbiadamm. Der nächstgelegene Eingang ist der Haupteingang Columbiadamm.

LUFT UND LICHT FÜR DIE YORCKSTRASSE

Rund um die Yorckbrücken in Schöneberg tut sich was: Der Gleisdreieckspark steht vor seiner Vollendung, der geplante Baumarkt und ein Biomarkt kommen.

Jetzt macht sich das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg daran, mit Mitteln aus dem Förderprogramm »Stadtumbau West« das Areal am Eingang zu den Yorckbrücken auf der Schöneberger Seite aufzuwerten.

Zu den Planungen gehören u.a. eine Neugestaltung der zum Teil breiten Vorplätzen vor den Wohnhäusern in der Yorckstraße. Parkplätze sollen verschwinden – Sitzgelegenheiten und eine neue Baumbepflanzung stattdessen zum Aufenthalt einladen.

Auch der neue Gleisdreieckspark wird besser an die Schöneberger Seite angebunden: Auf beiden Seiten der Yorckstraße wird es drei direkte Zugänge über Treppen und eine barrierefreie Rampe geben. Dadurch entsteht eine direkte Verbindung zum weitläufigen Parkgelände mit seinen Fuß- und Radwegen. Die Brücke wird für Fußgänger damit auch als Überweg über die Yorckstraße nutzbar sein.

Heller und freundlicher – das ist das Motto für den bisher düsteren Bereich unter den Yorckbrücken. Ein Lichtkonzept wurde erarbeitet, das Fußgängern und Fahrradfahrern die Passage angenehmer machen soll. Bereits im Juli soll es dafür einen »Probelauf« geben.

Auch die Brücken selbst sind Teil des Konzepts: Insgesamt sieben Yorckbrücken werden in nächster Zeit denkmalgerecht saniert.

Wiedereröffnung

AWO Südwest hat die »Spukvilla« übernommen



MIT MUSIK DABEI | DIE »AWO-PIRATEN«

FOTO: EVA LIEBCHEN

Nach beinahe einem Jahr Ungewissheit über den Fortbestand der AWO-Begegnungsstätte »Spukvilla« in der Tempelhofer Albrechtstraße 110, konnte am 12. Mai die Wiedereröffnung gefeiert werden.

Der AWO Südwest war es gelungen, das Haus aus der Insolvenzmasse des AWO Landesverbands zu erwerben. Damit war es aber nicht getan. Die AWO Südwest hatte sich entschlossen, mit der Entscheidung für den Kauf der einzigartigen Villa auch eine umfassende Renovierung vorzunehmen, die sowohl die Planung einer Rampe umfasst als auch mit entsprechenden Toilettenanlagen jetzt für eine barrierefreie vielfältige Nutzung des Hauses und seiner prachtvoll renovierten Räume für AWO-Mitglieder und ihre Gäste zur Verfügung steht. Der alte Stuck wurde freigelegt und saniert, und Kronleuchter im Stil vergangener Pracht beleuchten an

den Wänden eine Ausstellung von Zeitdokumenten zur Verwandlung der Villa über die Jahrzehnte.

Höhepunkt der Eröffnungsfeier mit dem AWO-Landesvorsitzenden Hans Nisblé und der Hausherrin, der Kreisvorsitzenden Karola Kronheim, und vielen Gästen war der Auftritt der »AWO-Piraten«, einer Gruppe behinderter Jugendlicher, die mit ihrem Gesang von Volksliedern und populären Schlägern die Gäste zum begeisterten Mitsingen brachten. Im Garten wurde gegrillt und niemand musste lange gebeten werden, herzlich zuzugreifen.

Die AWO Südwest bietet nun wieder Senioren, Selbsthilfegruppen, Behinderten, Literaturfreunden und Politikern in Tempelhof einen Ort für vielfältige Aktivitäten, ergänzt durch Gartenfeste zu allen Jahreszeiten.

EVA LIEBCHEN

► www.awo-suedwest.de

Mehr Aufklärung

Häusliche Gewalt im Alltag thematisieren

Auf Forderung der SPD-Fraktion hat die Bezirksverordnetenversammlung die Aufklärung über häusliche Gewalt im »Wartezimmer-TV« der Bürgerämter beschlossen. Dazu sollen im Werbe- und Informationsfernsehen in den drei Bürgerämtern in Schöneberg, Tempelhof und Lichtenrade Kontaktinformationen von Beratungseinrichtungen gezeigt werden.

Die Auswirkungen von häuslicher Gewalt sind weiterhin gravierend. Eine Repräsentativstudie von 2004 zur »Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland« kommt zu dem Ergebnis, dass jede vierte Frau körperliche und/oder sexuelle Gewalt in mindestens einem Fall durch aktuelle oder frühere Beziehungspartner erlebt hat. Jeweils ein Drittel der Frauen anhaltender Gewalt bzw. folgenswerer Gewalt. 40% der

befragten Frauen befinden sich über einen längeren Zeitraum als ein Jahr in einer Gewaltbeziehung, 17% mehr als 5 Jahre.

»Mediaspot«, der Betreiberfirma des Wartezimmer-TV, erreicht nach eigenen Angaben jährlich 70.000 bis 120.000 Menschen in den Warteräumen der Bezirksämter. Etwa die Hälfte davon sind Frauen. »Viele gewaltbetroffene Frauen wissen nicht, an wen sie sich wenden können. In einigen Fällen beschränken ihre Partner die Kontakte in die Außenwelt«, so Marijke Höppner, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. »Die Chance, dass eine von Gewalt betroffene Frau den Spot zum Beispiel bei der Beantragung eines neuen Personalausweises sieht, ist groß.«

Die Ausstrahlung eines Wartezimmer-TV-Spots würde ein niedrigschwelliges Informationsformat darstellen, um viele Frauen über die vorhandene Hilfsangebote zu informieren.



HÄUSLICHE GEWALT | Über neue Informationswege im alltäglichen Umfeld soll besser über bestehende Hilfsangebote informiert werden.

NACHBARN SAUER BEZIRKSAMT HILFLOS

Die Schöneberger Schwielowseeschule und die daneben liegende Kita wurden bereits Ende 2008 wegen des unbezahlbaren Asbest-Sanierungsbedarfs geschlossen.

2009 beschloss die BVV ein Interessenbekundungs-Verfahren zum Verkauf des Grundstücks durchzuführen. Die »Treberhilfe gGmbH« legte konzeptionell wie preislich das überzeugendste Angebot vor, gewann die Ausschreibung und kaufte das Gelände. Mittlerweile ist die Treberhilfe insolvent und vom Konzept wurde nur die Asbestentsorgung umgesetzt.

Doch die Bauruine steht als Schandfleck immer noch da und lockt Wohnungslose und Abenteuerlustige an, die regelmäßig den Bauzaun überwinden. Der Durchgang zwischen Geßler- und Monumentenstraße wird regelmäßig verüllt.

Auf eine Anfrage der SPD in der BVV zur Situation antwortete Stadträtin Dr. Klotz (B'90/Grüne) beinahe resignierend, der Insolvenzverwalter richte zwar immer wieder den Bauzaun auf, dies sei jedoch keine brauchbare Lösung. Ordnungsgelder hätten keinen Sinn, da es im Insolvenzverfahren gar nicht genügend Masse gäbe, um diese zu bezahlen.

Auch bei der Entfernung des Mülls sei das zuständige Grünflächenamt überfordert. Man habe nun begonnen, den Durchgang zu öffentlichem Straßenland umzuwidmen, dann sei die BSR zuständig. Der Zeitpunkt sei jedoch offen.

AXEL SELTZ

LÄRMSCHUTZ AM INNENRING

Die Deutsche Bahn arbeitet an der Wieder-Inbetriebnahme des so genannten Güter-Innenrings, der entlang dem S-Bahn-Ring auch durch Tempelhof-Schöneberg verläuft.

Diese neue Güterzugstrecke soll die bestehenden Strecken über den Außenring entlasten. Damit ist eine erhebliche Zunahme der Lärmemissionen im westlichen Teil der Ebersstraße und in der Hoepfnerstraße absehbar. Außerdem errichtet die S-Bahn westlich der Boelckestraße eine Anlage zur Zusammenstellung von Zügen, bei der ebenfalls mit erheblicher Lärmentwicklung zu rechnen ist.

Im Interesse des Schutzes der Anwohner vor Lärm hat die SPD-Fraktion das Bezirksamt aufgefordert, sich für die Errichtung von Lärmschutzwänden entlang der Bahnanlagen einzusetzen.

CHRISTOPH GOETZ

FERIENPARADIES SCHÖNEBERG NORD

Ihr seid in den Sommerferien zuhause? Nix mit Wegfahren – oder zumindest nicht die gesamten Ferien?

Von Spielen über Sport und Kreativangebote, Ausflüge, Zirkus-Schnuppern, Motivationsgeister-Gestalten, Erdbeerpflücken oder Entdeckungsreisen-in-Berlin-Machen bis zu Ausflügen oder zur Straßenolympiade reicht das diesjährige Sommerferien-Angebot im Schöneberger Norden.

Was es alles gibt und wo was stattfindet, das findet Ihr auf einem tollen Poster zum Ausdrucken auf der Internetseite des Quartiersmanagements: www.schoeneberger-norden.de.

Ehrenbürger Rudolf Wissell

Symbolfigur der deutschen Arbeiterbewegung

VON EVA LIEBCHEN

Der Sozialpolitiker Rudolf Wissell, von dem Willy Brandt vor 50 Jahren anlässlich dessen Beerdigung 1962 als das „personifizierte Sozialbewusstsein“ sprach, war der erste Ehrenbürger, den die von der SPD geführte Westberliner Stadtverordnetenversammlung kurz nach ihrer Wahl anlässlich seines 80. Geburtstags am 8. März 1949 ernannte. In der breiten Öffentlichkeit wird sein Name heute wohl eher mit der Rudolf-Wissell-Brücke in Charlottenburg in Verbindung gebracht.

Rudolf Wissell wurde 1869 in Göttingen geboren. Die Familie siedelte jedoch bald nach Bremen über. Der Vater fuhr als Obersteuermann zur See, musste jedoch wegen eines Augenleidens seinen Beruf aufgeben, fand keine andere Arbeitsstelle, ein Schlüsselerlebnis für den jungen Rudolf. Er erlernte den Beruf des Maschinenbauers, ging auf die damals übliche Wanderschaft und trat 1888 als 19-Jähriger der zu dieser Zeit noch durch das Sozialistengesetz verfolgten Sozialdemokratie bei und bald darauf dem Fachverband der Schlosser und Maschinenbauer, dessen Vorsitz er übernahm und den er nach nur 3 Jahren mit über 600 Mitgliedern in den soeben gegründeten Deutschen Metallarbeiterverband führte. Er tat sich auch als Korrespondent der



RUDOLF WISSELL

FOTO: AKG

»Leipziger Volkszeitung« hervor und wurde 1901 besoldeter Arbeitersekretär in Lübeck.

Die Jahre in Berlin

Als Wissell 1909 nach Berlin übersiedelte, entwickelte er sich zu einem bedeutenden Gewerkschaftsführer. Als pragmatisch denkender Experte mit exakter Kenntnis der Alltagsprobleme wirkte er über ein halbes Jahrhundert für soziale Gerechtig-

keit und Gleichberechtigung der Werktätigen in der Wirtschaft. Zahllos seine Vorschläge für die Ausgestaltung der Sozialversicherung, für einen umfassenden Arbeits- und Gesundheitsschutz, die Neugestaltung des Arbeitsrechts, Einführung von Betriebsräten und die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung.

Im Frühjahr 1918 gelangte er für den Landkreis Niederbarnim in den Deutschen Reichstag,

dem er bis zum Verbot der SPD durch die Nazis 1933 angehörte. Wissell wollte eine „zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft“, was jedoch vom Kabinett und von seiner eigenen Fraktion abgelehnt wurde. Er galt mit seiner Forderung nach Vergesellschaftung sozialisierungsreifer Wirtschaftszweige als einer der Vordenker des Konzepts der Wirtschaftsdemokratie. Dennoch war er mehr Sozialpolitiker mit seinen sozialpolitischen Vorschlägen wie Achtstunden-Arbeitstag, Recht auf Sonntagsruhe, Schutz der Frauen-, Kinder- und Jugendarbeit, Arbeitsgerichtsbarkeit oder Wohnungsfürsorge. Seine wichtigsten Forderungen gelangten deshalb auch in die Weimarer Verfassung.

In der Zeit des Faschismus ging er in die innere Emigration. Nach kurzer Haftzeit 1933 erhielt er die Auflage, sich für zwei Jahre täglich auf dem für seine Tempelhofer Wohnung in der Wiesenerstraße 22, in der er von 1926 bis zu seinem Tode 1962 wohnte, zuständigen Polizeirevier zu melden. Eine Tafel am Haus weist auf ihn hin. Nach dem Krieg kehrte er aus Altersgründen nicht mehr in die Tagespolitik zurück. Die Nachrufe ehrten ihn als „Symbol der deutschen Arbeiterbewegung“, der die deutsche Geschichte vom Sturz Bismarcks bis zum Bau der Berliner Mauer miterlebte.

BUCH-TIPP | VON ULRICH HORB

Baustelle Demokratie

Sein Thema ist die »Bürgergesellschaft«. Seit einigen Jahren befasst sich der Friedener Politikwissenschaftler Serge Embacher mit dem ehrenamtlichen Engagement in Vereinen, Verbänden und Parteien.

Jetzt hat er eine kritische Bestandsaufnahme in Form eines Buches vorgelegt. Sein Titel: »Baustelle Demokratie«.

Embacher, ehemaliger Leiter der Koordinierungsstelle des »Nationalen Forums für Engagement und Partizipation«, schärft den Blick für die Bandbreite bürgerschaftlichen Engagements, vom Kleingartenverein zur Nachbarschaftsinitiative, vom Sportverein zur Tafel. 23 Millionen Menschen engagieren sich.

„Die aktive Bürgergesellschaft ist für den demokratischen Staat lebensnotwendig. Aus ihr kommen die Impulse, die staatliches Handeln korrigieren und anregen“, schreibt Embacher. Der optimistische Untertitel seines Buches lautet folgerichtig: „Die Bürgergesellschaft revolutioniert unser Land.“ Ehrenamtliches Engagement soll eins allerdings nicht: soziale Aufgaben wahrnehmen, für die der Staat kein Geld mehr hat oder die er aus ideologischen Gründen aufgibt.

Der Staat muss Rahmenbedingungen schaffen, unter denen Partizipation und bür-

gerschaftliches Engagement gedeihen können - als immer wichtiger werdende Ergänzungen der repräsentativen Demokratie. Embacher gibt dazu zahlreiche Anregungen und Hinweise. Politik muss Macht abgeben, Wirtschaft demokratischer werden und die Engagierten müssen - siehe »Stuttgart 21« - mit Abstimmungsergebnissen umgehen lernen. Embachers Forderung: ein neuer Gesellschaftsvertrag.

Bürgergesellschaft und Parteien sieht er vor der gemeinsamen Aufgabe, für mehr Demokratie zu sorgen.



Serge Embacher, Baustelle Demokratie. edition Körber-Stiftung, 16 €

Die »TS aktuell« verschenkt drei Exemplare des Buchs. Einfach bis zum 15. Juli 2012 eine Mail an redaktion@tsaktuell.de mit dem Betreff »Baustelle Demokratie« schicken.

Bei mehr als drei Interessenten entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

PETRA RUDOLPHI-KORTE



30 Jahre Geschichtswerkstatt

Seit 1981 beschäftigt sich die »Berliner Geschichtswerkstatt« mit der Geschichte unserer Stadt. Auf 30 Jahre erfolgreicher Arbeit kann der in der Schöneberger Goltzstraße 49 ansässige Verein inzwischen zurückblicken.

Publikationen, Ausstellungen, Führungen, Sammlungen und Veranstaltungen zur Geschichte Berlins gehören zur Arbeit der »Berliner Geschichtswerkstatt«. Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit sind die Zeit des Nationalsozialismus, Frauengeschichte, Minderheiten und Alltagsgeschichte.

Dazu suchen die Mitglieder nach mündlichen Überlieferungen und Zeitzeugen. So hat der

Verein manche Debatte angestoßen und im Lauf der Zeit viele in Vergessenheit geratene Dinge wieder sichtbar gemacht. Dazu gehört auch die Mitwirkung an der Schaffung der »Topographie des Terrors« und des »Dokumentationszentrums zur NS-Zwangsarbeit« in Berlin-Schönneweide.



Erlebte Geschichte | Die »Berliner Geschichtswerkstatt« FOTO: BGV

Seit fast 10 Jahren gehört eine »Projektgruppe Lichtenrade« zur »Berliner Geschichtswerkstatt«. Sie beschäftigt sich mit der Geschichte vor der eigenen Haustür im Stadtteil. Ausgangspunkt und Schwerpunkt der Aktivitäten ist die Zeit des Nationalsozialismus.

Ein besonderes Angebot der »Berliner Geschichtswerkstatt« sind Zeitreisen per Schiff auf Spree und Landwehrkanal - unerwartete Ansichten der Stadt werden dabei geboten.

Für die weitere erfolgreiche Arbeit hat der Verein einen Wunsch: Neue Mitstreiter sind herzlich willkommen!

HARALD ROSSA

► berliner-geschichtswerkstatt.de

Kultur aktiv

Neuer Theatersaal in der Tempelhofer »ufa Fabrik« eröffnet

Theater, Schule, Zirkus, Bauernhof, Gästehaus, Café, Bioladen, Vollkornbäckerei (eine der ältesten in Berlin!) und noch viel mehr. Als Außenstehendem schwirrt einem der Kopf - aber Sigrid Niemer, im Vorstand und eine der GründerInnen des Projekts »ufa Fabrik«, hat offensichtlich alles fest im Griff.

Mit entspannter Professionalität managt sie die Außendarstellung dieser kleinen Welt. 200 Mitarbeiter und diverse ehrenamtliche Helfer sind mit von der Partie.

Seit 33 Jahren existiert dieses kulturelle Juwel im Herzen von Tempelhof. Mit bemerkenswerter Kontinuität realisiert die inzwischen international bekannte Institution künstlerische, ökologische und soziale Projekte - mit immer wieder neuen Ideen. „Unser Schwerpunkt liegt bei der Nachwuchsförderung. Prinzip ist der aktivierende Kulturbegriff, d.h. nicht nur Konsumieren, sondern Mitmachen! Die Zirkusschule und das Kindertheater sind unsere Talentschuppen. Kurt Krömer z.B. hat hier angefangen, auch die »Lovely Bastards«, die zurzeit ein Engagement im »Wintergarten« haben.“

Das überregionale Interesse ist groß. „Mit dem »Centre Français Berlin« gibt es einen regen Jugendaustausch im Bereich Bildung und Kultur“, berichtet Sigrid Niemer. Aber mindestens genauso stolz ist sie auf Projekte, die der direkten Nachbarschaft

zu Gute kommen. „Wir haben für jeden etwas: von Geburtsvorbereitungskursen über Hausaufgabenhilfe, Ponyreiten bis zu Seniorenveranstaltungen bieten wir praktische Alternativen zum normierten Großstadtleben.“

Das klappt nicht immer. „Wir haben damals den Umbau des Tempelhofer Hafens mit initiiert; leider ist daraus auch wieder nur eine übliche Einkaufsmeile geworden.“ Abgehakt - der nächste Plan ist schon in Arbeit. „Das Gelände hier und die Gebäude waren früher Teil der Ufa-Film-Produktion, aus der Zeit existiert noch ein Kinosaal. Wir wollen den wieder aktivieren, aber nicht als normales Programm-Kino, sondern als Ort für Veranstaltungen zur Berliner Filmgeschichte.“ Eine Kooperation mit dem im Aufbau befindlichen Pressemuseum im Ullsteinhaus gibt es schon.

„Wir freuen uns über Anregungen, Ideen und Wünschen

uns Unterstützung durch die Politik.“ Damit trifft sie auf offene Ohren bei Frank Zimmermann, dem medienpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Er hat schon signalisiert, dass er mit Rat und Tat dabei ist.

Dabei liegt ein Höhepunkt dieses Jahres gerade erst ein paar Tage zurück: Das Fest zur Eröffnung des umgebauten Theatersaals. Aber Sigrid Niemer denkt schon wieder weiter. „Was wir auch noch unbedingt in Angriff nehmen müssen, ist die Tourismusförderung in unserem Bezirk. Bei Tempelhof denken Berlin-Besucher bisher nur an den alten Flughafen. Dabei gibt es hier doch so viel zu entdecken!“

Aber darüber demnächst mehr - es bleibt spannend!

PETRA RUDOLPHI-KORTE

► [ufa Fabrik](http://ufa-fabrik.de)
Viktoriastr. 10-18, 12105 Berlin
► www.ufafabrik.de



ERÖFFNUNG | Sigrid Niemer und Bezirksstadtrat Oliver Schworck FOTO: PLOY KLINGEL